

PUBLIC EYE MAGAZIN

Nr. 29 April 2021

COVID-19 IN ASIEN

Kampf um Arbeit und Überleben

Public Eye





Romeo Regenass

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder und Spender*innen möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Doppelten Dank, falls Sie eine Mitgliedschaft verschenken. publiceye.ch/geschenkaboo

Sie sind noch nicht Mitglied? Mit 75 Franken pro Jahr sind Sie dabei und erhalten regelmässig unser Magazin. publiceye.ch/mitglieder

Oder wollen Sie uns zuerst kennenlernen? Dann bestellen Sie gratis drei Ausgaben als Schnupperabo. publiceye.ch/schnuppern

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören.

Public Eye

10 Rappen, um zu überleben

Covid-19 durchdringt so ziemlich alle Bereiche unseres Lebens und fordert Opfer auf vielen Ebenen. Nicht zuletzt vertieft das Virus den Graben zwischen Arm und Reich. Die Krise habe bestehende Unterschiede verschärft, schreibt die britische Oxfam in ihrem jährlichen Bericht zur sozialen Ungleichheit. Covid-19 habe unter den Ärmsten der Welt eine Hungerkrise ausgelöst, die bis Ende 2020 täglich 6000 Menschen das Leben kostete.

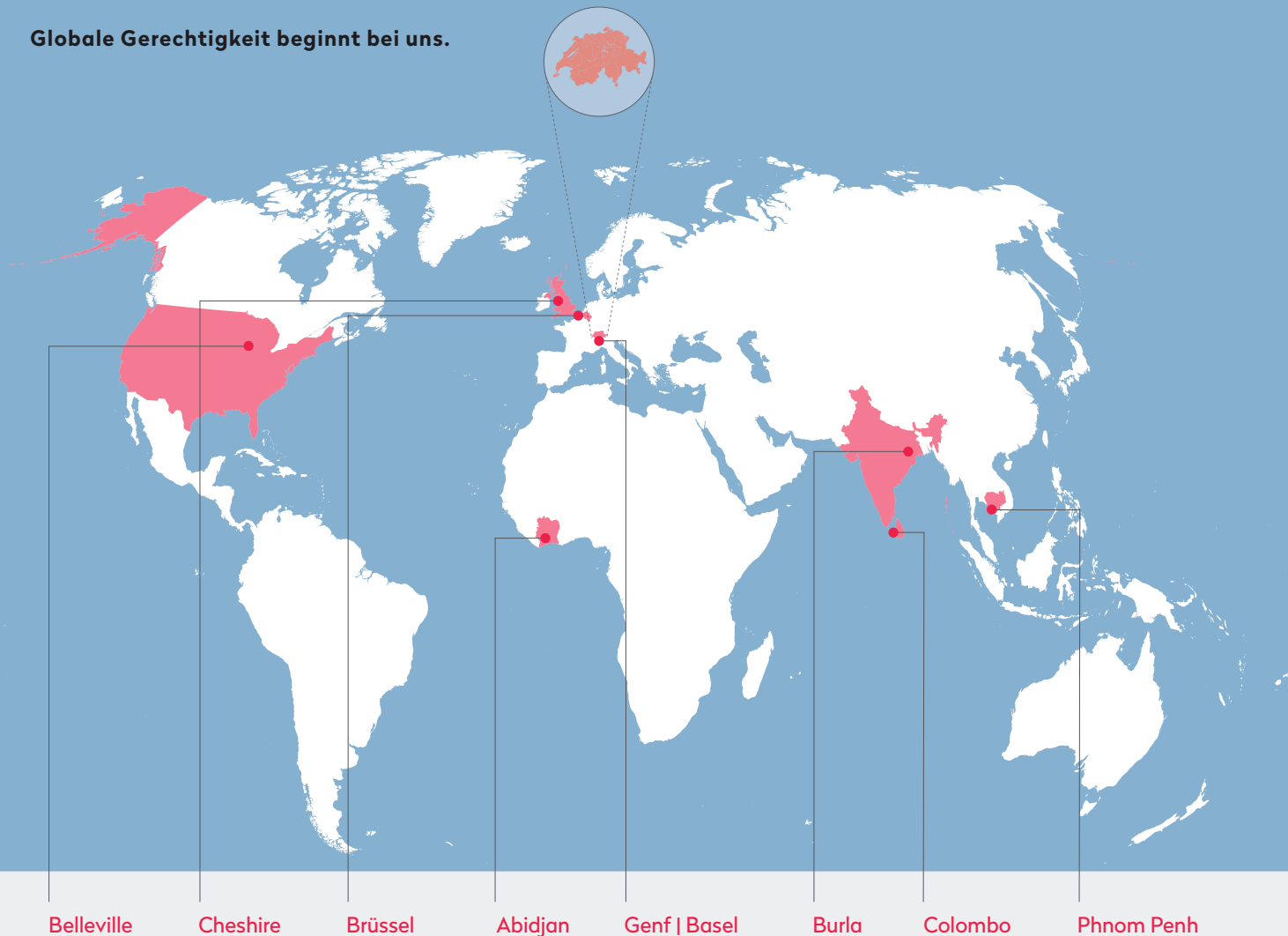
Gleichzeitig sei das Vermögen der zehn (im Dezember 2020) reichsten Männer der Welt seit Februar 2019 trotz Pandemie um rund eine halbe Billion (eine Zahl mit 12 Nullen) US-Dollar gestiegen. Und in der Schweiz konnten die 300 Reichsten laut Ranking des Magazins «Bilanz» ihr Vermögen trotz Krise um 5 Milliarden Franken steigern.

Kein Wunder: Wer viel Geld hat, kennt ein Zauberwort. Es heisst Diversifizierung. Die Portfolios der Reichen sind breit aufgestellt; ihr Vermögen steckt in Immobilien, Unternehmen, Wertschriften und Edelmetallen. Und irgendwo geht immer die Post ab, auch und gerade in Krisenzeiten.

Die Textilarbeiter*innen in Kambodscha hingegen, um die sich unsere Titelstory dreht, sie können nicht diversifizieren. Wie sollen sie auch? Selbst zu normalen Zeiten leben sie kaum ein würdiges Leben. In der Pandemie verlieren viele Arbeit und Lohn; sie können sich und ihre Familien nicht mehr ernähren. Deshalb lanciert Public Eye die Petition #PayYourWorkers; sie richtet sich an die grossen Modefirmen und Detailhändler und verlangt von ihnen, dass sie die Löhne und Abfindungen der Arbeiter*innen sicherstellen. Es bräuchte weniger als 10 Rappen pro T-Shirt, um Löhne und Überleben zu sichern. Denn auch beim T-Shirt, das es für wenige Franken im Laden gibt, gilt: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Übrigens: Für eine gerechtere Welt setzen wir uns seit Langem auch in Fragen der Gleichberechtigung ein. Mit dieser Ausgabe des Magazins gehen wir einen Schritt weiter und führen den Genderstern ein. Er schafft Platz für alle, die sich weder als Frau noch als Mann verstehen.

Eine weitere Neuerung haben Sie vielleicht schon im letzten Magazin entdeckt: Am Ende vieler Artikel verweist ein QR-Code auf zusätzliche Infos oder die Onlineversion des Textes. Gefällt Ihnen ein Beitrag oder Inhalt, können Sie ihn so ganz einfach mit anderen teilen.



Im Hinterhof der grossen Modemarken

- 4 In der Pandemie kämpfen Textilarbeiter*innen in Südostasien um Jobs, Löhne und ihr nacktes Überleben. Ein Augenschein in einer Hochburg der globalen Textilindustrie.

Phnom Penh, Kambodscha

Big Pharma: Profit um jeden Preis

- 16 Covid-19 zeigt beispielhaft, wie problematisch das Geschäftsmodell der Pharmakonzerne ist. Ihre zehn Strategien für grösstmöglichen Gewinn und die Forderungen von Public Eye.

Basel, Schweiz

Konzernverantwortung: Nun macht die EU vorwärts

- 24 Die EU-Kommission will klare Regeln für Konzerne - und die Schweizer Zivilgesellschaft schaut genau hin, um zu verhindern, dass die Schweiz zu einer Regulierungsinsel wird.

Brüssel, Belgien

Paraquat Papers: Gewinne vor Menschenleben

- 26 Um das hochgiftige Pestizid Paraquat auf dem Markt zu halten, hat Syngenta über Jahrzehnte warnende Stimmen ignoriert. Zehntausende starben daran.

Belleville, USA | Cheshire, Grossbritannien | Colombo, Sri Lanka | Burla, Indien

Westafrika kann aufatmen – auch dank Public Eye

- 36 Nach hartnäckigen Recherchen ein Erfolg auf der ganzen Linie: Das Geschäftsmodell der Schweizer Rohstoffhändler mit extrem schwefelreichen Treibstoffen ist Geschichte.

Abidjan, Côte d'Ivoire

Historisches Urteil im Kampf gegen die Korruption

- 39 Lukrative Bergbaukonzessionen, falsche Rechnungen und fiktive Verträge: der Fall Steinmetz – ein Schulbeispiel für Korruption.

Genf, Schweiz

Hunger und Schulden statt Arbeit und Auskommen

Die Armutslöhne in der Textilindustrie Südostasiens erlaubten schon vor der Pandemie keine Rücklagen für Notsituationen. Doch nun stürzt die verantwortungslose Einkaufspraxis vieler Modefirmen und Detailhändler die Textilarbeiter*innen in akute Not. Mit der Kampagne #PayYourWorkers zieht die von Public Eye mitgetragene Clean Clothes Campaign die internationalen Auftraggeber zur Verantwortung.

ELISABETH SCHENK UND ROMEO REGENASS

Phnom Penh am 21. und 22. Januar 2021: 6000 Arbeiter*innen der Y&W Garment Factory streiken während zwei Tagen und blockieren eine wichtige Zugangsachse in die Hauptstadt Kambodschas: Die aufgebrachte Menge fordert die Zahlung ihrer Lohnzulagen. Konkret geht es um staatlich zugesicherte Dienstaltersprämien von rund 100 US-Dollar pro Jahr, auf die Arbeitnehmer*innen mit unbefristeten Arbeitsverträgen Anspruch haben. Der chinesische Besitzer der Fabrik umgeht die Zahlung der Zulagen, indem er die Arbeiter*innen nur über temporäre Verträge beschäftigt. Dies, obschon das Arbeitsgericht 2019 entschieden hatte, dass Arbeitnehmer*innen in Kambodscha nach zwei Jahren Anrecht auf einen unbefristeten Vertrag haben.

«Temporäre Verträge dienen auch dazu, die Arbeiter*innen davon abzuhalten, einer Gewerkschaft beizutreten», weiss Athit Kong, Präsident der Coalition of Cambodian Apparel Workers Democratic Union (C.CAWDU). Zwei von drei Unternehmen würden laut einer Umfrage unter Arbeiter*innen von 464 Fabriken aus dem Jahr 2019 ihre Belegschaft so ausnutzen und unter Druck setzen.

Den Arbeiter*innen reisst der Geduldsfaden

Armutslöhne, Ausbeutung, Unterdrückung und miese Arbeitsbedingungen halten die überwiegend weiblichen Beschäftigten in Kambodscha und ganz Südostasien seit Jahrzehnten in prekären Verhältnissen und Armut. Doch mit Covid-19 kommt nun seit über einem Jahr ein Faktor hinzu, der die Arbeiter*innen mit voller Härte trifft: Fabriken stehen vorübergehend oder für immer still, andere haben kaum noch Arbeit und Aufträge. «Die Arbeiter*innen streiken, weil sie durch Covid-19 in finanzielle Not geraten sind und die ausstehenden Zahlungen dringend benötigen», sagt Tharo Khun, Direktor des Center for Alliance of Labor and Human Rights (Central).

Auch die Regierung trägt eine Mitschuld dafür, dass den Textilarbeiter*innen der Geduldsfaden reisst: Am 2. Juni 2020 hatte sie ohne Einbezug der Gewerkschaften beschlossen, die Zahlung der Dienstalterszulage von 2019 und 2020 um ein Jahr auf 2021 zu verschieben. In der aktuellen Coronapandemie erhalten die Arbeiter*innen 70 US-Dollar anstatt der 192 US-Dollar Mindestlohn, womit sie bereits einen Lohnausfall von 122 US-Dollar pro Monat erleiden. In dieser Situation fällt die Verschiebung der Auszahlung der Dienstaltersprämien besonders ins Gewicht und stellt den bekannten Tropfen dar, der das Fass zum Überlaufen bringt.

Die Bekleidungs-, Textil- und Schuhindustrie macht drei Viertel der gesamten Exporte Kambodschas aus und ist damit Dreh- und Angelpunkt in der 26-Milliarden-US-Dollar-Wirtschaft des Landes. Der Sektor ist der grösste Arbeitgeber des Landes, vor allem auch für junge Frauen aus ländlichen Gebieten, die begrenzte Arbeitsmarktchancen haben, da es an wirtschaftlicher Diversifizierung fehlt. Fast eine von fünf ausser Haus

beschäftigten Frauen arbeitet im Bekleidungssektor, rund 90% davon kommen aus ländlichen Gebieten. Kambodscha ist in relativ kurzer Zeit in die Top Ten der grössten Kleiderexporteure der Welt aufgestiegen.

Kambodscha ist in relativ kurzer Zeit in die Top Ten der grössten Kleiderexporteure der Welt aufgestiegen. Der Sektor ist der grösste Arbeitgeber des Landes.

Vor der Covid-19 Pandemie, Anfang 2020, waren etwa 800000 Menschen direkt in der Bekleidungs- und Schuhbranche beschäftigt, 80% davon waren Frauen. Der Arbeitgeberverband der Textilfabriken, die mächtige Garment Manufacturers Association, zählt 605 lizenzierte Exportbetriebe zu ihren Mitgliedern. Viele dieser Betriebe sind in ausländischem Besitz und gehören Unternehmer*innen aus China, Taiwan, Hongkong und Korea; Einheimische besitzen lediglich etwa 20% der Fabriken. Neben offiziell registrierten und für den Export zugelassenen Textilbetrieben werden Kleidungsstücke jedoch auch von Heimarbeiter*innen und in Fabriken ohne Exportlizenz hergestellt. Diese informelle Beschäftigung macht gemäss der Studie «Underpaid in the Pandemic» aus dem Jahr 2020 schätzungsweise 10% der Arbeitskräfte aus.

Hunderttausende von Familien sind auf die Einkommen all dieser Arbeiter*innen angewiesen. Zudem ist eine breite Palette von Dienstleistungsbetrieben abhängig von den Fabrikarbeiter*innen in und um die Industriezonen, darunter Lebensmittelverkäufer*innen, Kleiderverkäufer*innen, Transportunternehmen und viele mehr. In diesem Kontext wirkt sich der starke Einbruch der Nachfrage der globalen Bekleidungsindustrie als Folge der Covid-19-Pandemie in Kambodscha verheerend aus.

Lohnverhandlungen ohne unabhängige Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in der Textilindustrie stellen eine wichtige politische Kraft im Lande dar. Sie organisieren einen relevanten Teil der Arbeiter*innen (2013: 60%) und haben immer wieder gezeigt, dass sie mobilisierungsfähig sind, sodass auch die autokratische Regierung Zugeständnisse machen muss. Von grösster Bedeutung waren in den letzten zehn Jahren die Coalition of Cambodian Apparel Workers Democratic Union (C.CAWDU), die Cambodian Alliance of Trade Unions (CATU) und die Collective Union of Movement of Workers (CUMW). Mit 95 000 Mitgliedern ist C.CAWDU der grösste und wichtigste unabhängige Gewerkschaftsverband der Branche. →

Doch das Königreich Kambodscha hat sich in den letzten Jahren zu einer Ein-Parteien-Herrschaft durch die Kambodschanische Volkspartei (CPP) entwickelt. Grundrechte wie das Streikrecht und die Versammlungsfreiheit werden zunehmend eingeschränkt. Gewerkschafter*innen, die sich an Aktivitäten beteiligen, die sich gegen die regierende Partei richten oder von ihr auch nur so gedeutet werden, riskieren ernsthafte Konsequenzen, bis hin zu einer Inhaftierung.

Das Königreich Kambodscha hat sich in den letzten Jahren zu einer Ein-Parteien-Herrschaft durch die Kambodschanische Volkspartei (CPP) entwickelt. Grundrechte wie das Streikrecht und die Versammlungsfreiheit werden zunehmend eingeschränkt.

Die Gewerkschaftsmitglieder und Anführer*innen der wenigen unabhängigen Gewerkschaften haben aufgrund der kooperativen Beziehungen zwischen der Regierung, dem Branchenverband Garment Manufacturers Association und regierungsnahen Gewerkschaften nur begrenzt die Möglichkeit, gleichberechtigt am Verhandlungstisch zu sitzen. Besonders deutlich zeigte sich das Machtungleichgewicht zwischen regierungsnahen und basisnahen Gewerkschaften bei den Verhandlungen zum gesetzlichen Mindestlohn im September 2020. CATU und C.CAWDU waren in der Minderheit – mit ein Grund, weshalb der Mindestlohn für 2021 um gerade einmal den symbolischen Betrag von 2 US-Dollar gehoben wurde, von 190 auf 192 US-Dollar pro Monat. Die beiden Gewerkschaften hatten eine Erhöhung von 6% oder 11,5 US-Dollar gefordert, aufgrund von Corona konnten sie ihre Basis jedoch nicht mobilisieren.

EU bestraft Kambodscha mit erhöhten Zöllen

Als Reaktion auf die zunehmenden Menschen- und Arbeitsrechtsverletzungen in Kambodscha hat die Europäische Union am 12. August 2020 das EU-Zollpräferenzsystem «Alles ausser Waffen» (Everything but Arms) teilweise ausgesetzt. Das Abkommen wurde 2001 initiiert, um den am wenigsten entwickelten Ländern zoll- und quotenfreien Zugang zur EU für alle ihre Exporte mit Ausnahme von Waffen und Rüstungsgütern zu gewähren. Die Massnahme der EU hat höhere Zölle auf Exporten zur Folge, womit Kambodscha als Produktionsstandort weniger attraktiv werden könnte. Anders die USA: Ihr Botschafter hat im Februar 2021 die Anstrengungen Kambodschas zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen anerkannt, sodass die Gewährung

der Handelspräferenzen durch die USA nicht gefährdet zu sein scheint. In die USA und die EU gehen 73% aller Textilexporte Kambodschas.

Die verantwortungslose Einkaufspraxis in der Covid-19-Krise

Hängt die Wirtschaft eines Landes so stark von einem einzigen Sektor ab, ist sie sehr krisenanfällig. Dennoch tragen auch die grossen globalen Modeunternehmen und Detailhändler eine wesentliche Verantwortung. Denn die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowohl auf die Textilizulieferer wie auch auf die in der Branche Beschäftigten in Kambodscha sind vor allem das Resultat einer verantwortungslosen Einkaufspraxis. Das Stornieren von Aufträgen, das Aufbauen eines hohen Preisdrucks auf die Zulieferbetriebe und das Hinausschieben von Zahlungsfristen durch die internationalen Auftraggeber hat massgeblich zur existenziellen Notlage der Arbeiter*innen beigetragen.

KRISENSTRATEGIE 1: AUFTRÄGE STORNIEREN

Als die Pandemie im Frühjahr 2020 in Europa für grossflächige Ladenschliessungen aufgrund landesweiter Lockdowns führte, stornierten zahlreiche Modeunternehmen ihre Bestellungen – oft rückwirkend und ohne bereits produzierte oder in Produktion befindliche Ware zu bezahlen. Dieses verantwortungslose Geschäftsgebaren sorgte weltweit für einen immensen Aufschrei der Öffentlichkeit. Internationale Netzwerke von Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften forderten von den Modefirmen das Mindeste: ihre vertraglich eingegangenen Verpflichtungen zur Zahlung der Aufträge und Sicherstellung der gesetzlich vorgeschriebenen Mindestlöhne einzuhalten. Mit Erfolg: Als Resultat der Mobilisierung der Zivilgesellschaft verpflichteten sich zahlreiche globale Modeunternehmen – darunter auch die Top 5 Nike, Inditex (Zara), Adidas, H&M und Uniqlo – dazu, für ausgeführte und in Produktion befindliche Aufträge zu zahlen.

Die Stornierungen im Frühjahr sowie die einbrechenden Aufträge in der zweiten Jahreshälfte zeigen sich deutlich an den geringeren Exportzahlen aus den Produktionsländern in die Hauptkonsumländer oder umgekehrt an den stark gefallen Modeimporten in Europa, den USA und Japan. Laut der Studie «Unpaid Billions», die Mark Anner, Direktor des Center for Global

Fortsetzung auf Seite 11 →



«Covid-19 trifft mich existenziell»

Keo Samouen ist Sekretärin der Sektion von Phnom Penh der Gewerkschaft der Textilarbeiter*innen C.CAWDU und arbeitet seit 2001 in der Textilindustrie.

DAS GESPRÄCH FÜHRTE ATE HOEKSTRA

Was wird in der Fabrik produziert, in der Sie arbeiten? Kinderkleider, T-Shirts, Pullis und Winterjacken aus Baumwolle, und zwar für Modemarken wie Lacoste, Next oder Marks & Spencer. Ich bin als Näherin für die Ärmel verantwortlich.

Sie sind auch Sekretärin der lokalen Sektion von C.CAWDU. Weshalb engagieren Sie sich in der Gewerkschaft?

Ich wurde Mitglied, weil die Gewerkschaft unabhängig ist und weil ich erlebt habe, wie sie uns unterstützt, wenn wir Probleme haben. Früher, ohne aktive Gewerkschaft, konnte uns das Management viel leichter unter Druck setzen. Seitdem wir organisiert sind, behandelt uns die Firma ganz anders. Bei Problemen klärt der Arbeitgeber dies nun mit der Gewerkschaft.

Wie betrifft die Covid-19-Pandemie Ihre Arbeit?

Erstens hat unsere Firma zu wenig Arbeit für uns. Und zweitens war die Fabrik zweimal für zwei Monate geschlossen. Das trifft mich existenziell, denn ich bin alleinerziehende Mutter von zwei Kindern.

Welche Folgen hatten die temporären Schliessungen für Sie?

Schlimm war es vor allem das zweite Mal. Da erhielten wir umgerechnet nur 30 US-Dollar von der Fabrik und 40 von der Regierung. Deshalb mussten viele von uns anderswo zusätzliche Arbeit suchen. Andere Arbeiter*innen verkauften Essen in der Nähe der Fabriken, die noch in Betrieb waren. Ich fand in dieser

Zeit glücklicherweise Arbeit in einer anderen Fabrik, so konnte ich überleben.

Wie viel verdienen Sie vor der Pandemie?

Früher leistete ich viele Überstunden. In einem Monat konnte ich dadurch 350 bis 400 US-Dollars verdienen. Jetzt kann ich davon nur träumen, denn es kommen viel weniger Aufträge rein, und so sind die Lohnzahlungen auch viel geringer. Es ist sehr schwierig, weil wir keine festen Monatslöhne haben.

Was heisst das für Ihre Familie?

Als Alleinerziehende kämpfe ich finanziell mit grossen Problemen. Meine zwei Kinder sind im College und so sind die Ausgaben die gleichen wie früher, aber mein Lohn ist massiv tiefer.

Das sind schwierige Zeiten für viele Arbeiter*innen. Wie hilft die Gewerkschaft?

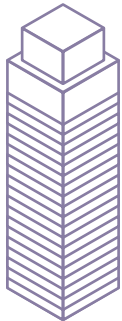
Als die Fabrik zu war, unterstützte sie uns zusammen mit ihren internationalen Partnern finanziell. Und sie verteilte Nudeln, Reis und Sojasauce. Uns und anderen, die in der gleichen misslichen Lage waren.

Sie und Ihre Arbeitskolleg*innen arbeiten für internationale Modemarken. Haben Sie eine Botschaft an die Kund*innen dieser Marken?

Bitte helfen Sie uns, indem Sie in Ihrem Land Druck auf die grossen Marken und die Detailhändler ausüben, ihre Arbeiter*innen zu bezahlen und die Löhne in Kambodscha zu erhöhen.

Das Machtgefälle in der globalen textilen Lieferkette

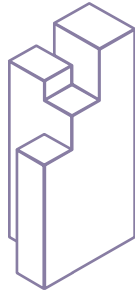
Modefirmen und
Detailhändler,
hier die grössten
Marken 2020 ¹



Nike



Inditex (Zara)



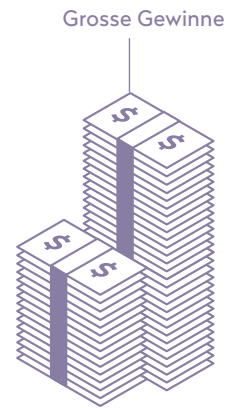
Adidas



H&M



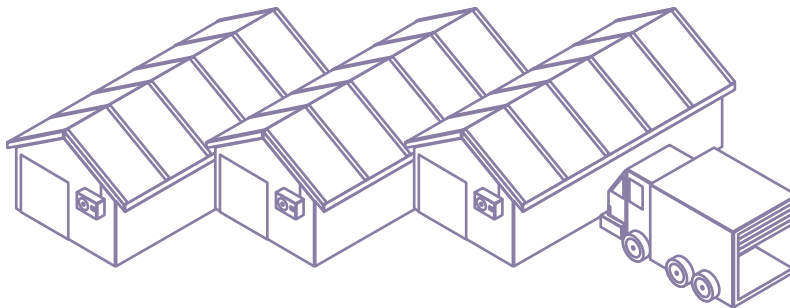
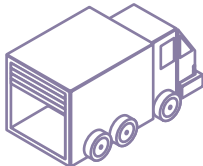
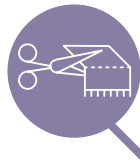
Uniqlo



Grosse Gewinne

Bestellungen

Grosse Hersteller, oft in
ausländischem Besitz



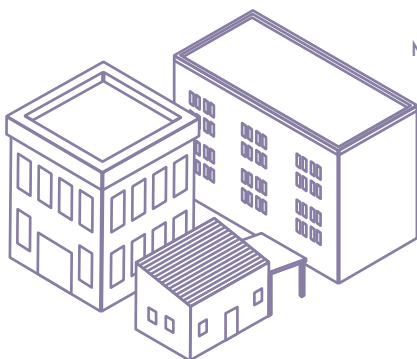
Kleine Gewinne



Bestellungen

Bestellungen

Kleine Fabriken und
Subunternehmen (in-
formelle Sweatshops,
Heimarbeiter*innen)



Minimale Gewinne



Hersteller von
Garnen und Stoffen



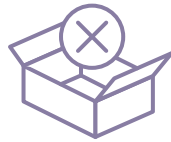
Minimale Gewinne



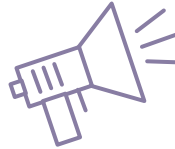
¹ Quelle: <https://blog.bizvibe.com/blog/top-10-largest-apparel-companies>; Christian Dior als Luxusmarke mit Parfüms, Schmuck etc. nicht berücksichtigt

Die verantwortungslose Einkaufspraxis unter Covid-19

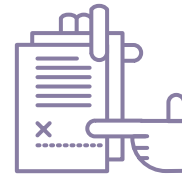
Die Massnahmen der Auftraggeber



Modefirmen und Detailhändler stornieren Bestellungen, oft rückwirkend und ohne Bezahlung.



Selbst grosse Marken wie C&A und Primark verpflichten sich erst nach grossem Druck durch die Zivilgesellschaft, für ausgeführte und in Produktion befindliche Aufträge zu zahlen.



Modefirmen und Detailhändler drücken Preise massiv und üben in Verhandlungen Druck auf die Produzenten aus.

Die Konsequenzen für die Produzenten



Weniger Aufträge: Jeder zweite Zulieferer hat über 50% weniger Arbeit als im Vorjahr, bei jedem fünften Zulieferer liegt der Rückgang sogar bei 75% und mehr.



Weniger Einnahmen pro Auftrag: Zwei von drei Zulieferern leiden unter Preisnachlässen, im Mittel liegen die Preise 12% tiefer als vor der Pandemie. 56% akzeptieren Preise, die nicht mal alle Kosten decken.



Sehr späte Bezahlung: Statt 43 Tage nach Verschiffung werden Rechnungen im Mittel nach 77 Tagen bezahlt. Eine von vier untersuchten Modefirmen zahlt sogar erst nach 120 Tagen.²

Die Konsequenzen für die Arbeiter*innen



Kein Essen: Viele Familien leiden an Hunger und unter Mangelernährung.



Keine Rechte: Gewerkschafts- und Arbeitsrechte werden ausgehebelt.



Kein Lohn: Fabriken schliessen und Unternehmer melden Konkurs an. In beiden Fällen bleiben die Arbeiter*innen oft ohne Lohn zurück.



Kein Job: Im Schnitt wird eine von zehn Arbeiter*innen entlassen.



Kein Schutz: Einige Fabriken bleiben ohne ausreichende Schutzmassnahmen vor Covid-19 geöffnet.

² Quelle: Anner, October 2020 Supplier Survey, Leveraging Desperation



Workers' Rights an der Pennsylvania State University in den USA, und die Menschenrechtsorganisation Worker Rights Consortium im Oktober 2020 publiziert wurde, gingen die Importe von Kleidungsstücken in Europa von April bis Mai 2020 im Vergleich zum gleichen Zeitraum 2019 um 45% zurück. Noch grösser war der Rückgang der Kleiderimporte mit 49% für den Zeitraum April bis Juni 2020 in den Vereinigten Staaten. Laut einer Studie hat jeder zweite Zulieferer über 50% weniger Arbeit als im Vorjahr, bei jedem fünften Zulieferer liegt der Rückgang sogar bei 75% und mehr.

fallenen Preisen, wobei die Preise im Durchschnitt um 12% gesunken sind. 56% der Befragten geben sogar zu, dass sie Aufträge annehmen, die nicht einmal alle Kosten decken, nur um die Auftraggeber nicht zu verlieren. Auch die britische Organisation Oxfam thematisierte im November 2020 in ihrer Studie «Shopping for a Bargain» aggressive Preisverhandlungen, ungenaue Auftragsprognosen, kurze Vorlaufzeiten und Änderungen von Bestellungen in letzter Minute. In Kambodscha berichten Arbeitgeberfirmen ebenso, dass die Modeunternehmen die Pandemie als Vorwand nehmen, um die Einkaufspreise zu drücken.

**KRISENSTRATEGIE 2:
PREISDRUCK ERHÖHEN**

Der Rückgang der Nachfrage der Modeunternehmen in der globalen Lieferkette hat zu gewaltigen Überkapazitäten in Asien geführt. Die logische Folge: Die unterbeschäftigten Zulieferfirmen kämpfen verzweifelt um die verbleibenden Aufträge – und das nutzen die internationalen Modemarken und Detailhändler aus, um die Preise weiter zu drücken.

Im Sommer 2020 haben Mark Anner und das Worker Rights Consortium 75 Zulieferbetriebe in über 15 Produktionsländern befragt, darunter Kambodscha, Bangladesch und Indien. Laut ihrer Studie «Leveraging Desperation» berichten zwei von drei Zulieferern von ge-

**KRISENSTRATEGIE 3:
ZAHLUNGSFRISTEN HINAUSSCHIEBEN**

Wenn es um die Bezahlung ihrer Arbeit geht, sitzen die Produktionsfirmen in Kambodscha und anderen Ländern Südostasiens am kürzeren Hebel. So kommt es, dass die internationalen Auftraggeber ihre Rechnungen im Mittel erst 77 statt 43 Tage nach der Verschiffung der Ware bezahlen. Jede vierte in der Studie von Anner untersuchte Modefirma bequemt sich sogar erst nach 120 Tagen zur Zahlung.

Hinzu kommt, dass die globalen Modeunternehmen aufgrund ihrer Machtposition problemlos Zahlungsaufschübe durchsetzen können, die Zulieferbetriebe ihre Arbeiter*innen jedoch pünktlich bezahlen müssen, da



Mehr erfahren über die Textilindustrie und Textilien

Flyer «Was steckt in diesem Shirt?»

Der Flyer gibt einen Überblick über die problematischen Seiten der Textilproduktion und beantwortet Fragen wie: Wie viel Kleidung wird jährlich weggeworfen? Unter welchen Bedingungen arbeiten die Näher*innen? Was ist ein Existenzlohn? Zudem finden Sie zehn Lösungsansätze, wie wir alle unseren persönlichen Beitrag zu fairer Mode leisten können.

Guide «Orientierung im Label-Dschungel»

Immer mehr Konsument*innen achten beim Einkauf von Textilien auf Nachhaltigkeit. Ihre Kleidung soll ökologisch korrekt und fair hergestellt sein. Doch woran erkennt man entsprechende Textilien? Unser Guide gibt eine Übersicht über verschiedene Labels im Mode- und Textilbereich. Wir bewerten diese nach sozialen, ökologischen und Transparenzkriterien und geben zu jedem Label eine Einschätzung.

Bestellen Sie jetzt die beiden Flyer gratis mit der Antwortkarte in diesem Magazin!





Eng gedrängt fahren die Arbeiterinnen zur Arbeit – Social Distancing ist nicht möglich, die Ansteckungsgefahr fährt mit.

© Tang Chhin Sothy/AFP via Getty Images

diese von der Hand in den Mund leben. Obwohl wirtschaftlich viel schwächer, müssen die Zulieferer also in noch grössere Vorleistung gehen. Dies ist auch deshalb ungerecht, weil die meisten Fabrikbesitzer*innen mit geringen Gewinnmargen arbeiten und nicht über ausreichende Barreserven oder Zugang zu Krediten verfügen, um die Beschäftigten während Fabrikschliessungen oder bei niedriger Auslastung zu bezahlen. Zudem kamen sie, anders als viele internationale Detailhändler und Markenfirmen, nicht in den Genuss grosszügiger Rettungsschirme ihrer Regierungen.

Desolate Lage von Kambodschas Textilindustrie

Der massive Einbruch der Nachfrage und die verantwortungslose Einkaufspraxis der internationalen Modemarken und Detailhändler haben Kambodschas wenig diversifizierte Textilindustrie ins Mark getroffen. Insgesamt sind die Kleiderexporte im Vergleich zum Vorjahr um etwa 9% gesunken. Im Juni 2020, auf dem Höhepunkt der Krise, standen nach offiziellen Angaben des Arbeitsministeriums in 433 Fabriken die Maschinen still, über 150000 Arbeiter*innen waren vorübergehend suspendiert. Die Bilanz Ende Dezember 2020 sah so aus, dass 129 Fabriken für immer ihre Tore geschlossen hatten, was gut 71000 Arbeiter*innen zu Arbeitslosen machte.

Dem standen 112 neue Fabriken mit nur 23000 neuen Beschäftigten gegenüber.

2020 hat die kambodschanische Regierung als Reaktion auf die desolate Lage eine Reihe von Massnahmen zugunsten der Arbeitgeberfirmen ergriffen, darunter vorübergehende Steuersenkungen für betroffene Unternehmen sowie Befreiungen von den Pflichtbeiträgen zum nationalen Sozialversicherungsfonds, zudem die Verschiebung der Zahlung der eingangs erwähnten Dienstaltersprämien auf das Jahr 2021.

Ursprünglich sollten betroffene Arbeitnehmer*innen 60% des Mindestlohns von 190 US-Dollar erhalten, also 114, wobei 76 US-Dollar von den Arbeitgeberfirmen und 38 US-Dollar vom Arbeitsministerium bezahlt werden sollten. Diese Zahlungen wurden jedoch nur teilweise ausgeführt; stattdessen verhandelten viele Arbeitgeberfirmen mit der Regierung und den Gewerkschaften über ihren Anteil an den Lohnzahlungen.

Mit Erfolg: Am 7. April 2020 entschied die kambodschanische Regierung, die Arbeitgeberfirmen müssten nur 30 US-Dollar Kurzarbeitsgeld zahlen, während die Regierung 40 US-Dollar übernimmt. Damit erhielten suspendierte Arbeiter*innen maximal 70 US-Dollar Unterstützung pro Monat. Dies entspricht heute lediglich 36% des im September 2020 auf 192 US-Dollar gestiegenen



© Pam Rachana/Khmer Times, Cambodia

Demonstration mit Polizeieinsatz in Phnom Penh: Arbeiter*innen fordern die Zahlung ausstehender Löhne und Abfindungen, nachdem die Fabrik Violet Apparel die Schliessung und die Aufhebung von knapp 1300 Jobs angekündigt hatte.

Mindestlohns. Dabei reicht selbst dieser nicht, um die Grundbedürfnisse einer kleinen Familie zu decken. Deshalb leisten Arbeiter*innen Überstunden oder nehmen zusätzliche Jobs an, um mehr zu verdienen und die monatlichen Kosten zu decken, wie auch Keo Samouen im Interview auf Seite 7 erzählt.

Wer den Job verliert, erhält kaum Unterstützungsleistungen – eine Arbeitslosenversicherung gibt es in Kambodscha nicht.

Hinzu kommt: Es haben nur suspendierte Arbeiter*innen Anspruch auf die staatlichen Zulagen, nicht jedoch temporär und informell Beschäftigte; Letztere sind gar nicht beim nationalen Sozialversicherungsfonds angemeldet. Jene, die ihren Job verloren haben, erhalten kaum Unterstützungsleistungen – eine Arbeitslosenversicherung gibt es in Kambodscha nicht. Laut Medienberichten können sich Arbeiter*innen, die im Zuge der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren haben, für kostenlose Berufsausbildungsprogramme bewerben und erhalten

dafür 50 US-Dollar pro Monat für einen Zeitraum von vier Monaten. Die geringen Unterstützungszahlungen sowohl an Kurzarbeiter*innen wie an Arbeitslose haben verheerende Auswirkungen. Unter anderem ist die Grundernährung gefährdet und die Menschen sind gezwungen, sich zu verschulden, um Nahrung für sich und ihre Familien zu kaufen.

Familien verschulden sich, um nicht zu hungern

Die alarmierendsten Erkenntnisse dazu stammen aus der Studie des Worker Rights Consortium vom November 2020 über den Hunger in den Lieferketten der Bekleidungsindustrie. Die Studie basiert auf Umfragedaten von 396 Arbeiter*innen in neun Ländern, darunter Kambodscha, und kommt zu folgendem Ergebnis: «67 Prozent der Befragten berichteten, dass sie oder Mitglieder ihres Haushalts gezwungen waren, während der Pandemie Mahlzeiten auszulassen oder die Qualität der Mahlzeiten zu reduzieren; 75 Prozent der Arbeiter berichteten, dass sie Geld geliehen oder Schulden angehäuft haben, um Lebensmittel zu kaufen.»

Während der Krise sind Frauen, die in weiblich geprägten Sektoren wie der Bekleidungsherstellung arbeiten, unverhältnismässig stark von den wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie betroffen. Laut einer Studie

der Hilfsorganisation Care International berichten 13% der befragten Frauen in Kambodscha, dass die Zunahme der unbezahlten Sorgearbeit zu den drei grössten Problemen der Pandemie gehört; 36% sagten, Frauen würden in der Krise die grössere Arbeitslast tragen als Männer. Gleichzeitig ist eine Zunahme der häuslichen Gewalt sowie der Belastung durch zusätzliche Sorgearbeit aufgrund geschlossener Schulen zu beobachten.

Viele Textilarbeiter*innen sind nur ein oder zwei ausfallende Löhne von extremer Not entfernt

Die Covid-19-Pandemie hat die prekäre Lebenssituation der Textilarbeiter*innen weltweit verdeutlicht: Viele unter ihnen sind nur ein oder zwei ausfallende Gehaltschecks von extremer Not entfernt. In Kambodscha hat das Kurzarbeitsgeld von 70 US-Dollar während der Pandemie zwar eine gewisse Entlastung gebracht, jedoch ist das bei Weitem nicht ausreichend.

Wenn die Textilarbeiter*innen unter den prekären Arbeitsbedingungen leiden und mit Armutslöhnen leben müssen, tragen die globalen Modeunternehmen dafür eine Hauptverantwortung. Ihr auf Profit orientiertes Geschäftsmodell funktioniert nur dank dieser Armutslöhne, und ihre aggressiven Einkaufspraktiken in Zeiten der Pandemie verschärfen die prekären Arbeitsbedingungen.

Die existenzgefährdende Situation, in der sich Hunderttausende Menschen in Kambodscha befinden,

hat die Menschen auf die Strassen getrieben. Die vehementen Proteste durch die Gewerkschaften und die Streiks der Textilarbeiter*innen haben Anfang 2021 zu einem Teilerfolg geführt: Am 21. Januar, also just am ersten Tag des im Einstieg zu diesem Artikel beschriebenen Streiks, teilte das Arbeitsministerium allen Textilunternehmen mit, dass sie ihren Arbeiter*innen alle Dienstaltersprämien für die Jahre 2019 und 2020 gestaffelt 2021 zahlen müssen, mit Beginn Ende März.

Weitere Streiks und Proteste in der Luft

Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass die Fabrikbesitzer*innen zumindest dieser Anweisung der Regierung nachkommen. Gleichzeitig müssen Tausende Arbeiter*innen nach wie vor für die Zahlung ihrer ausstehenden Löhne und Abfindungszahlungen kämpfen, nachdem Fabriken schlossen und globale Modeunternehmen nicht bereit sind, ihre Verantwortung für die Arbeiter*innen wahrzunehmen.

So etwa die knapp 1300 Arbeiter*innen der geschlossenen Fabrik Violet Apparel, die unter anderem für Nike produzierte. Oder die über 900 Arbeiter*innen der Hong Sen Fabrik, in der die Modemarke Next zwar bereit ist, einen Teilbetrag zu zahlen, dieser aber nicht ausreicht, um die gesamten ausstehenden Löhne und Abfindungen zu decken. In Kambodscha liegen also weitere Streiks und Proteste in der Luft. ■



Internationale Kampagne #PayYourWorkers

Die von Public Eye mitgetragene Clean Clothes Campaign (CCC) ruft Modemarken und Detailhändler dazu auf, Löhne und Abfindungen sicherzustellen und Arbeitsrechte zu respektieren. Es darf nicht sein, dass die Arbeiter*innen, die bereits vor der Pandemie Armutslöhne verdienten, den Preis für die Covid-19-Krise zahlen.

Mehr als ein Dutzend kleinerer Marken haben bereits positiv auf den Aufruf der Clean Clothes Campaign zu #PayYourWorkers reagiert. Es ist nun an der Zeit, dass andere diesem Beispiel folgen, insbesondere mächtige und einflussreiche Konzerne wie Amazon, Nike und Next. 10 Rappen pro T-Shirt würden bereits sicherstellen, dass die Arbeiter*innen in der Bekleidungsindustrie das Einkommen haben, das sie brauchen, um die Pandemie zu überleben, und um soziale Absicherungsprogramme für die Zukunft aufzubauen.

Die Konzernbosse könnten die 10 Rappen pro T-Shirt locker bezahlen: Amazon-Chef Jeff Bezos hat sein Vermögen seit Ausbruch der Pandemie um sagenhafte 70 Milliarden Dollar auf 200 Milliarden erhöht. Phil Knight, der Gründer

von Nike, wurde im gleichen Zeitraum um 21 Milliarden Dollar reicher. Fast schon ein armer Schlucker ist der geschätzte 156 Millionen US-Dollar schwere Simon Wolfson, Chef des britischen Modekonzerns Next. Doch auch um ihn brauchen wir uns nicht zu sorgen: Angesichts von Covid-19 hatte er im Frühling 2020 zwar auf den Bonus verzichtet, aber dennoch ein Salär bezogen, das mit 4,4 Millionen US-Dollar doppelt so hoch war wie im Vorjahr.

Um vor allem diese Markenfirmen und Detailhändler weiter unter Druck zu setzen, hat sich die CCC im März 2021 mit über 215 Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften zur Kampagne #PayYourWorkers zusammengetan. Gemeinsam rufen Arbeiter*innen, Gewerkschafter*innen und Arbeitsrechtler*innen die Markenfirmen und Detailhändler dazu auf, öffentlich sicherzustellen, dass die Arbeiter*innen, die für sie arbeiten, ihren vollen Lohn und die ihnen zustehende Abfindung im Fall des Jobverlustes erhalten. Mittelfristig sollen Arbeitende in Krisensituationen nicht ohne Sicherheitsnetz dastehen, indem staatliche Sozialversicherungsprogramme aufgebaut und gestärkt werden.

Was wir von Modemarken fordern

Millionen Textilarbeiter*innen auf der ganzen Welt verlieren ihre Arbeit ohne Entschädigung oder müssen grosse Lohninbussen hinnehmen, obwohl bereits ihre normalen Einkommen kaum zum Überleben reichen. Die meisten von ihnen sind Frauen. Der Hunger zwingt jene, die noch Arbeit haben, ihr Leben an Arbeitsplätzen ohne ausreichende Schutzmassnahmen zu riskieren.

Mit **#PayYourWorkers** fordern wir von Amazon, Nike und Next und allen anderen Modefirmen und Detailhändlern:

- Zahlen Sie den Arbeiter*innen, die Ihre Kleidung herstellen, während der Pandemie ihren vollen Lohn oder stellen Sie sicher, dass Ihre Lieferanten dies tun.
- Stellen Sie sicher, dass die Arbeiter*innen nie wieder mittellos dastehen, wenn ihre Fabrik in Konkurs geht: Verhandeln und unterzeichnen Sie einen Garantiefonds für Abfindungszahlungen.
- Schützen Sie das Recht auf Kollektivverhandlungen und Gewerkschaftsfreiheit.

Jetzt Petition unterzeichnen!



Danke, wenn Sie die Antwortkarte auf der Rückseite des Magazins ausfüllen oder gleich online unterschreiben:
publiceye.ch/payyourworkers



Big Pharma gewinnt immer

Covid-19 zeigt beispielhaft, wie problematisch das Geschäftsmodell der grossen Pharmakonzerne ist. In ihren Schönwetter-Visionen betonen die Konzerne ihren Einsatz für die Gesellschaft, in Tat und Wahrheit nutzen sie die Covid-19 Krise zu ihrem Vorteil aus. Public Eye präsentiert, wie die 10 Strategien von Big Pharma für grösstmöglichen Gewinn auf Kosten der Gesellschaft funktionieren.

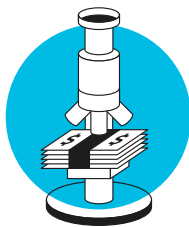
PATRICK DURISCH UND GABRIELA HERTIG

Die Covid-19-Pandemie ist eine globale Krise mit gravierenden Auswirkungen auf die Gesundheit, den Lebensunterhalt und das Sozialleben der Menschen überall auf der Welt. Besonders betroffen sind aber benachteiligte Menschen – weltweit und insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern. Eine Pandemie kann nicht national bewältigt werden, dazu braucht es koordinierte internationale Anstrengungen.

Die Rhetorik der Konzerne und reicher Länder, dass es in Anbetracht der Dringlichkeit und des globalen Ausmasses dieses Mal anders sein werde, ist scheinheilig. Reiche Länder wie die Schweiz schützen die Interessen ihrer Pharmaindustrie, indem sie internationale Bestrebungen für einen gerechten Zugang verhindern. Doch Gesundheit ist ein Menschenrecht; die Staaten sind verpflichtet, dieses zu schützen und den Privatsektor entsprechend zu regulieren.

Public Eye zeigt im Report «Big Pharma takes it all» (in englischer Sprache), wie die Strategien von Pharmakonzernen zur Profitmaximierung funktionieren und wie Big Pharma die Krise zu ihrem Vorteil ausnutzt, obwohl ihre Produkte massiv durch öffentliche Gelder finanziert wurden. Wir präsentieren Ihnen hier die 10 Strategien von Big Pharma für den grösstmöglichen Gewinn und die Forderungen von Public Eye an die Schweizer Politik und Regierung sowie die Pharmakonzerne.

Die 10 Strategien für den grösstmöglichen Gewinn

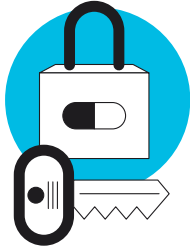


1 – FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG NACH DEN GEWINNAUSSICHTEN AUSRICHTEN

► **FAKT:** Bereits 2003 gab es eine globale Gesundheitskrise, die durch ein Coronavirus, das Covid-19 sehr ähnlich ist, verursacht wurde. 17 Jahre später, zu Beginn der aktuellen Pandemie, gab es weder einen Impfstoffprototyp noch eine mögliche Behandlung für die von Covid-19 verursachten Erkrankungen.

► **EINORDNUNG:** Die Pharmakonzerne entwickeln Behandlungen für Kranke, die zahlen können, sowie für chronische Krankheiten wie Krebs oder Diabetes, die über lange Zeiträume verschrieben werden können. Behandlungen für Infektionskrankheiten, die vor allem Menschen in einkommensschwachen Ländern betreffen, sind nicht lukrativ – genauso wenig wie Antibiotika, die so wenig wie möglich verschrieben werden sollten, oder Impfstoffe, welche eine Krankheit verhindern.

► **KONSEQUENZ:** Bis vor Kurzem beschäftigten sich immer weniger Unternehmen mit übertragbaren Krankheiten und der Entwicklung von Impfstoffen. Erst die globale Covid-19-Pandemie mit der Aussicht auf ein lukratives Geschäft und enorme Gewinne hat das Interesse von Big Pharma geweckt. →

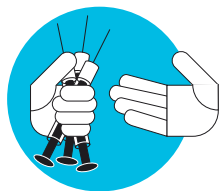


2 – PATENTE MISSBRAUCHEN

► **FAKT:** Bereits im Frühjahr 2020 war klar, dass die Patentierung von Impfstoffen zu Engpässen bei der Versorgung führen würde. Doch die Warnungen wurden ignoriert und Patente als Grund für diese Knappheit sowohl von Konzernen und ihren Interessensvertreter*innen als auch von reichen Ländern kleingeredet..

► **EINORDNUNG:** Patente sollen Unternehmen für die Entwicklung von Innovationen entschädigen, indem sie andere daran hindern, ihre Erfindung herzustellen und zu verkaufen. Das 1995 in Kraft getretene Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) führte zu einer Globalisierung von fehlerhaften und sozial nicht nachhaltigen Anreizen (Strategie 1). Konzerne missbrauchen ihre Monopolmacht und setzen überhöhte Preise, und dies trotz massiver öffentlicher Finanzierung (Strategie 7). Das ist besonders verheerend für Menschen in einkommensschwachen Ländern. Aber auch reichere Länder mit einer öffentlichen Gesundheitsversorgung kämpfen zunehmend mit überpreuerten Medikamentenpreisen und explodierenden Gesundheitskosten.

► **KONSEQUENZ:** In der Covid-19 Pandemie zahlt sich dieses System für Big Pharma besonders aus: Die Konzerne halten Wissen unter Verschluss, schaffen künstliche Versorgungsengpässe und haben enorme Macht, den gewünschten Preis festzulegen (Strategie 8). Das führt zu globaler Knappheit und Hamsterkäufen.



3 – DAS GESCHÄFT AUF DIE BEDÜRFNISSE DER REICHEN LÄNDER AUSRICHTEN

► **FAKT:** Auch in der Covid-19-Pandemie sind Pharmakonzerne und reiche Länder Komplizen. Reiche Länder wie die Schweiz schliessen exklusive Deals zu überhöhten Preisen ab und belasten mit intransparenten Verträgen die öffentlichen Gesundheitskosten.

► **EINORDNUNG:** Medikamente werden in erster Linie für die in reichen Ländern vorherrschenden Gesundheitsprobleme entwickelt (Strategie 1). Die grössten Pharmakonzerne befinden sich in einigen wenigen reichen Ländern wie der Schweiz, der grösste Absatzmarkt sind die USA mit einem Umsatz von mehr als 500 Milliarden Dollar (2019).

► **KONSEQUENZ:** Reiche Länder haben genügend Dosen gekauft, um ihre Bevölkerung mehrmals zu impfen. Ende Januar waren nur 4% der Impfungen in Ländern mit niedrigerem und mittlerem Einkommen durchgeführt worden. Diese müssen möglicherweise bis 2024 warten, um mit Impfungen eine kollektive Immunität zu erreichen. Covax, das multilaterale System, das auf eine gleichmässige Verteilung abzielt, wird aufgrund der mangelnden politischen und finanziellen Unterstützung von reichen Ländern und der Monopole der Konzerne wahrscheinlich scheitern.



4 – TRANSPARENZ UND ÖFFENTLICHE RECHENSCHAFT VERWEIGERN

► **FAKT:** Geheimhaltung ist ein weiterer Eckpfeiler des Geschäftsmodells von Pharmakonzernen. Während Big Pharma von Vorteilen wie Patent- und anderen Exklusivrechten (Strategie 2) oder öffentlicher Finanzierung (Strategie 7) profitiert, verweigern die Konzerne Transparenz systematisch.

► **EINORDNUNG:** Weil Regulierungen zur Transparenz fehlen, ist zwischen Pharmakonzernen und Regierungen ein enormes Machtgefälle entstanden. Das zeigt sich erstens darin, dass fast die Hälfte der abgeschlossenen klinischen Studien nie veröffentlicht wird. Zweitens überhöhen Pharmakonzerne bei den Angaben zu den Investitionen zur Entwicklung neuer Medikamente systematisch ihren eigenen Anteil im Vergleich zu den öffentlichen Investitionen. Drittens bleiben die Preise und die von Pharmaunternehmen gewährten Rabatte geheim, was die Macht der Konzerne stärkt.

► **KONSEQUENZ:** Intransparenz war schon immer ein riesiges Problem. Die Covid-19-Krise verschärft die negativen Auswirkungen davon. Gleichzeitig richtet sich alle Aufmerksamkeit auf den Fortschritt bei der Suche nach Impfstoffen und Behandlungen. Davon profitieren Pharmakonzerne, die wichtige Informationen weiterhin zu ihrem Nutzen geheim halten.



5 – KLINISCHE STUDIEN ZUM EIGENEN VORTEIL DESIGNEN

► **FAKT:** Pharmaunternehmen kontrollieren den Forschungs- und Entwicklungsprozess, insbesondere die klinischen Versuche. Dabei ist ihr Anreiz gross, Studien so zu designen und Resultate so zu beeinflussen, dass eine möglichst schnelle Marktzulassung resultiert. Denn je schneller ein Produkt auf dem Markt ist, desto länger können die Konzerne vom Patentschutz profitieren.

► **EINORDNUNG:** Indem Pharmakonzerne im Studiendesign bescheidene Ziele definieren, versuchen sie eine schnelle Zulassung zu erhalten. Für Marktzulassungen muss nicht bewiesen werden, dass das Medikament einen zusätzlichen therapeutischen Nutzen bringt. Zunehmend müssen Pharmakonzerne sogar nur zeigen, dass das Medikament nicht schlechter ist als bereits vorhandene Behandlungen. Zahlreiche Untersuchungen belegen, dass in den von der Industrie gesponserten Studien im Vergleich zu Studien anderer Sponsoren nachteilige Ergebnisse verschwiegen werden.

► **KONSEQUENZ:** Die selektive Veröffentlichung des Designs und der Ergebnisse klinischer Studien macht eine unabhängige Überprüfung unmöglich, gefährdet Menschen und führt zu einer Verschwendung öffentlicher Ressourcen. Das hat sich auch in der Covid-19-Pandemie nicht geändert. Renommiertere Fachleute haben zudem festgestellt, dass die Covid-19-Studien trotz der Dringlichkeit besser und ehrgeiziger hätten gestaltet werden können.



6 – RISIKEN SOZIALISIEREN – GEWINNE PRIVATISIEREN

► **FAKT:** Pharmakonzerne rechtfertigen Patente, die damit verbundene Monopolstellung und die hohen Gewinnmargen mit den Risiken, die sie bei der komplexen Forschung und Entwicklung neuer Medikamente einge-

hen würden. In der Realität unternehmen sie jedoch alle rechtlichen, politischen und technischen Anstrengungen, um Geschäftsrisiken durch öffentlich finanzierte Forschung und Entwicklung systematisch zu minimieren und zu externalisieren.

► **EINORDNUNG:** Öffentliche Mittel waren schon immer entscheidend für pharmazeutische Innovationen. Zudem minimieren Konzerne ihre Risiken in Forschung und Entwicklung, indem sie nur kleine Veränderungen an bestehenden Medikamenten vornehmen, um mit neuen Patenten ihre Monopolstellung auszubauen. Echte Innovation erfolgt oft in öffentlichen Institutionen und kleinen Unternehmen, die von Pharmakonzerne aufgekauft werden.

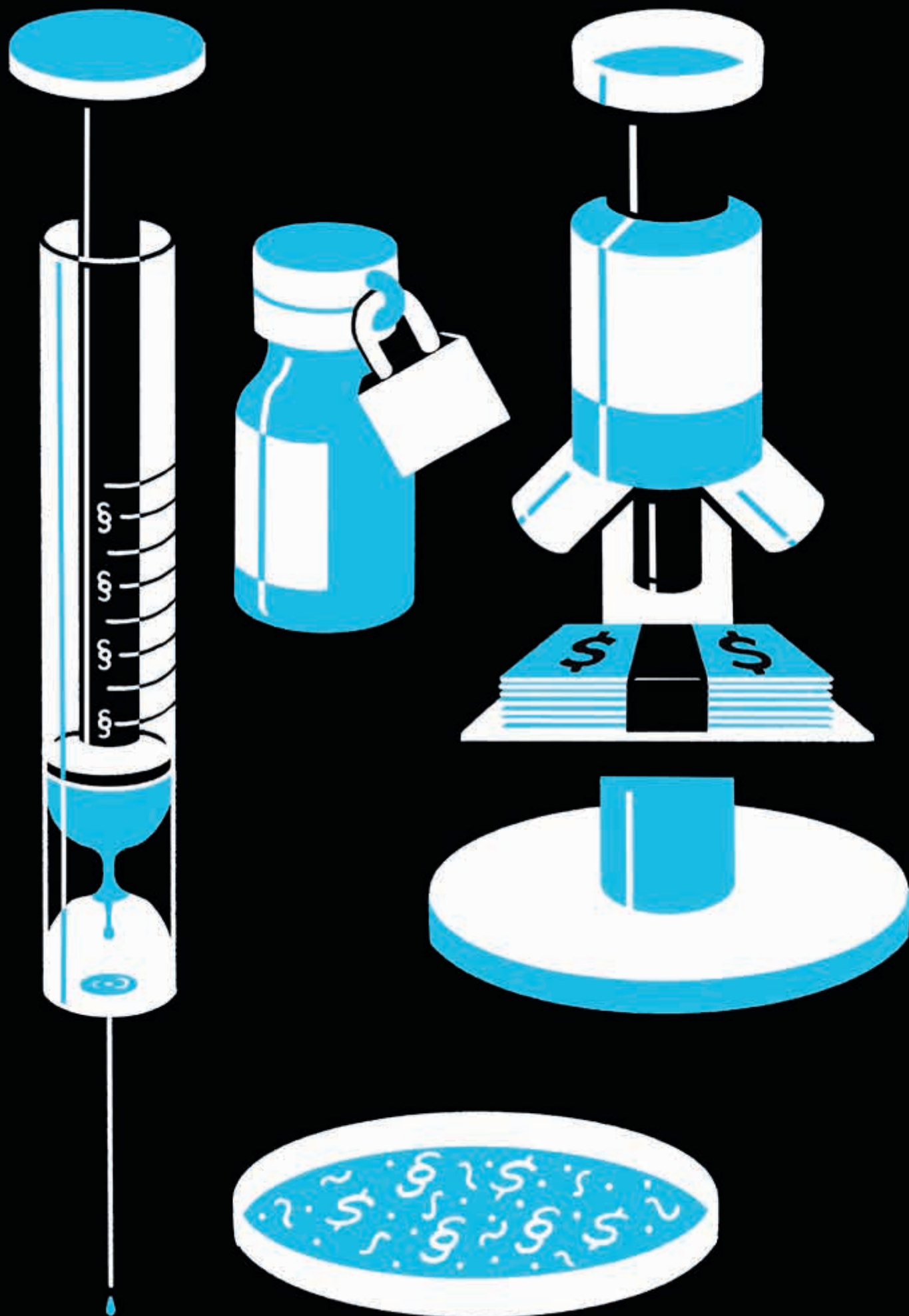
► **KONSEQUENZ:** Diese systemische Schieflage verstärkt sich in der Covid-19-Pandemie. Das Privatisieren von Gewinnen und das Sozialisieren von Risiken, von den Investitionsrisiken bis zu Haftungsrisiken, schädigen die Allgemeinheit gleich mehrfach.



7 – STEUERGELDER OHNE GEGENLEISTUNG EINSTECKEN

► **FAKT:** Wie sehr die Entwicklung neuer Medikamente von öffentlichen Geldern abhängt, hat sich noch nie stärker gezeigt als in dieser Pandemie. Da dies in den Preisfestsetzungsmechanismen (Strategie 8) politisch ignoriert wird, zahlt die Bevölkerung gleich doppelt: Mit ihren Steuern subventioniert sie die Pharmakonzerne stark, gleichzeitig ist sie gezwungen, unregulierte und überhöhte Preise für Medikamente zu bezahlen und damit zu den kolossalen Gewinnen von Big Pharma beizutragen.

► **EINORDNUNG:** Die gewinnmaximierende Logik von Pharmaunternehmen führt zu einer Vernachlässigung grundlegender Gesundheitsbedürfnisse wie Impfungen (Strategie 1). Regierungen und gemeinnützige Initiativen versuchen, dieses Marktversagen zu korrigieren. Wenn Regierungen sich dazu entscheiden, die Produktion von Medikamenten an die Privatwirtschaft auszulagern, müssen sie jedoch als Regulator auftreten, um ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung zum Schutz des Rechts auf Gesundheit nachzukommen. Das heisst, sie müssen das System aktiv mitgestalten und zum Beispiel die Vergabe von öffentlichen Geldern an Bedingungen knüpfen.



► **KONSEQUENZ:** Für die Entwicklung von Covid-19-Impfungen, -Diagnostika und -Behandlungen wurden allein 2020 öffentliche Investitionen von über 93 Milliarden Euro geleistet. Profitiert davon hat Big Pharma. Denn die Regierungen haben es verpasst, diese Subventionen an Bedingungen zu Zugang, Preis oder Transparenz zu knüpfen. Alle internationalen Bestrebungen, um den Zugang zu diesen patentierten Technologien für alle zu gewährleisten, werden von reichen Ländern wie der Schweiz, die ihre Pharmaindustrie schützen, vehement bekämpft.

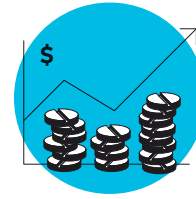


8 – NICHT ZU RECHTFERTIGENDE UND UNANFECHTBARE PREISE VERLANGEN

► **FAKT:** Pharmakonzerne nutzen die Vorteile des aktuellen Systems aus und Regierungen nehmen sie nicht in die Pflicht. Damit sind Aufsichtsbehörden, Versicherer sowie Patient*innen in einer sehr schwachen Position, um Preise auszuhandeln, die Medikamente für alle erschwinglich machen würden. In der Covid-19-Pandemie sind die Auswirkungen davon besonders sichtbar.

► **EINORDNUNG:** Die fehlende Transparenz (Strategie 4) bei den Forschungs- und Entwicklungskosten macht es schwierig, einen fairen Preis zu ermitteln. Gleichzeitig wird die Bedeutung der öffentlichen Finanzierung in der Entwicklung von Medikamenten von unabhängigen Studien bestärkt und immer offensichtlicher. Das bringt Pharmakonzerne in Bedrängnis. Deshalb setzt Big Pharma zunehmend auf das Argument des «value-based pricing». Doch Gesundheit ist kein Konsumgut. Den Preis eines durch einen Impfstoff oder ein Medikament geretteten menschlichen Lebens zu bewerten, zu vergleichen und zu priorisieren ist zynisch und unhaltbar.

► **KONSEQUENZ:** Weil der Preis bestehender Behandlungen als Massstab für die Aushandlung der Preise neuer Medikamente verwendet wird, kommt es zu kontinuierlichen Preiserhöhungen. In der Covid-19-Pandemie wurde die Chance verpasst, diesen Teufelskreis zu stoppen.



9 – RIESIGE SUMMEN AN AKTIONÄR*INNEN AUSZAHLEN STATT IN NEUE MEDIKAMENTE INVESTIEREN

► **FAKT:** In den letzten zwanzig Jahren hat sich der Pharmasektor immer mehr zu einer Investmentindustrie entwickelt. Statt in die Entwicklung und Herstellung von Medikamenten zu investieren, verhält sich Big Pharma wie ein Private-Equity-Fonds: Sie steckt ihr Geld vor allem in die Übernahmen von Konkurrenten und kleineren Unternehmen. Dies alles, um ihren Aktionär*innen überhöhte Dividenden auszahlen zu können.

► **EINORDNUNG:** Pharmakonzerne kaufen oft kleinere Firmen auf, um deren Patentrechte zu erwerben. Sie bezahlen viel Geld dafür und spekulieren darauf, dass sich das mit der Zulassung eines patentierten Arzneimittels bezahlt macht. Dadurch gibt es eine Konzentration von einigen wenigen sehr grossen Unternehmen mit wachsender Marktmacht.

► **KONSEQUENZ:** Damit unterwerfen sich Pharmakonzerne der Funktionsweise des Finanzmarktes, statt auf die Versorgung mit wesentlichen Arzneimitteln zum Wohl der öffentlichen Gesundheit zu fokussieren.



10 – MIT INTENSIVEM LOBBYING DIE RAHMENBEDINGUNGEN BEEINFLUSSEN

► **FAKT:** Die Pharmaindustrie und damit auch die Schweizer Konzerne Roche und Novartis investieren grosse Summen in das Lobbying. In den USA, dem wichtigsten Markt, sitzen 39 von 40 Vertreter*innen der Legislative, welche die grössten Beiträge von Pharmakonzernen erhalten haben, auch in Kommissionen, die für die Gesetzgebung im Gesundheitsbereich zuständig sind. Auch in der Schweiz ist das Lobbying der Pharmaindustrie omnipräsent und schwach reguliert. Jeder Versuch, die Medikamentenpreise zu senken, die zu den höchsten der Welt zählen, wird mit massivem Lobbying ausgebremst. →

► **EINORDNUNG:** Pharmakonzerne mischen erfolgreich in der Gesundheitspolitik und entsprechenden Gesetzgebungen mit: Sie steuern die Debatte, stellen «Fachwissen» bereit, beeinflussen Handelsabkommen und kanalisieren öffentliche Gelder so, dass sie den eigenen Interessen dienen. Intensives und intransparentes Lobbying ist ein Teil von «corporate capture»; darunter versteht man die langfristige Beeinflussung von politischen Prozessen und Entscheiden zum Vorteil von wirtschaftlich mächtigen Akteuren und zum Nachteil des Gemeinwohls.

► **KONSEQUENZ:** Doppelfunktionen und die finanzielle Abhängigkeit von der Industrie führen nicht immer zu schädlichen oder illegalen Praktiken. Sie führen aber zu schwerwiegenden Interessenskonflikten, die transparent gemacht, öffentlich diskutiert und mit entsprechender Regulierung vermieden werden müssen. Der systematische Einfluss von Konzernen gefährdet demokratische Strukturen und unterwandert das Vertrauen in politische Entscheidungsträger*innen sowie öffentliche Institutionen. ■



Video und mehr Infos zum Thema:
publiceye.ch/bigpharma



Zeit zu handeln – unsere Forderungen

PUBLIC EYE FORDERT VON DER SCHWEIZER POLITIK UND REGIERUNG

PUBLIC EYE FORDERT VON DEN PHARMAKONZERNEN

Sofort

1. den von der Weltgesundheitsorganisation WHO lancierten C-TAP (Covid-19 Technology Access Pool) als globale Lösung für den gerechten Zugang zu Diagnostiktests, Behandlungen und Impfstoffen zu unterstützen.
2. den Antrag auf vorübergehende Aufhebung bestimmter Auflagen des Abkommens über geistige Eigentumsrechte (TRIPS) für medizinische Produkte zur Bekämpfung von Covid-19 zu unterstützen.
3. keine Impfstoffe zu horten und den aktuellen internationalen Mechanismus Covax für eine gerechte Verteilung der Impfstoffe entschlossen zu unterstützen.
4. die mit Pharmaunternehmen abgeschlossenen Verträge für Impfstoffe zu publizieren.

Grundsätzlich

5. Open-Science-Initiativen für einen gerechten Zugang zur Prävention, Diagnose und Behandlungen von Krankheiten zu fördern.
6. die WHO Transparenzresolution über Medikamentenpreise vollständig umzusetzen. Das heisst, keine Geheimverträge und kein Ausschluss der Medikamentenpreise und Rabatte aus dem Geltungsbereich des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ).
7. die öffentlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung an Konditionen zum öffentlichen Zugang und eine vernünftige Preispolitik zu binden.
8. den in geltenden internationalen Abkommen verankerten Spielraum (TRIPS-Flexibilitäten) wie Zwangslizenzen vollumfänglich zu nutzen.

Sofort

1. aufzuhören, die Covid-19 Pandemie zu ihrem Vorteil auszunutzen.
2. geistige Eigentumsrechte während der Covid-19-Pandemie auszusetzen und alle Rechte und alles Know-how im C-TAP Pool zu teilen, damit die Produktionskapazität bei Impfungen, Diagnostika und Behandlungen rasch ausgeweitet werden kann.
3. den Technologietransfer an andere qualifizierte Produzenten sicherzustellen, unter anderem mit C-TAP.
4. alle Informationen zu klinischen Versuchen zugänglich zu machen, inklusive der Protokolle und der Rohdaten.
5. sich an die Entscheidungen der Weltgesundheitsorganisation WHO zur Beendigung des Pandemie-Ausnahmestandes zu halten und diesen nicht aus kommerziellen Motiven zu verkürzen oder zu verlängern.
6. auf die Regierungen keinen Druck zur Aufrechterhaltung von Geheimhaltungsklauseln auszuüben und zu akzeptieren, dass die Verträge zu den Impfungen öffentlich gemacht werden.
7. die Unternehmensinvestitionen und die öffentlichen Investitionen für die Entwicklung der Covid-19-Technologien detailliert und separat öffentlich auszuweisen, damit ein fairer Endpreis berechnet werden kann.



Bauer Eric Dooh zeigt, wie sehr von Shell verursachte Öllecks die Erde im Nigerdelta verschmutzen.

© Marten Van Dijk/Epa/Keystone

Konzernverantwortung: Verhindern wir die Insel!

Der 10. März 2021 war gleich in zweifacher Hinsicht ein wichtiges Datum für die Konzernverantwortung. Das EU-Parlament verlangt von der Kommission einen Gesetzesvorschlag. Und in der Schweiz beschloss die KVI-Koalition, dass die Zivilgesellschaft weiterhin gemeinsam für eine gesetzliche Regelung kämpft.

ANDREAS MISSBACH

Mit 504 zu 79 Stimmen fällt das Europäische Parlament einen klaren Entscheid: Eine grosse Mehrheit unterstützt die EU-Kommission in ihrem laufenden Prozess für eine EU-Regulierung zur Konzernverantwortung. Und die Parlamentarier*innen sagten auch deutlich, was sie in der für kommenden Juni erwarteten Gesetzesvorlage sehen wollen: verbindliche Sorgfaltspflichten bezüglich Menschenrechten und Umwelt für die gesamte Lieferkette sowie zivilrechtliche Haftungsregeln. Klingt irgendwie bekannt, oder?

Einzelne Staaten sind schon weiter: In Deutschland und den Niederlanden liegen seit der Abstimmung zur Konzernverantwortungsinitiative (KVI) schon zwei konkrete Gesetzesprojekte auf dem Tisch, und Ende Januar 2021 beschloss das niederländische Appellationsgericht, dass Shell Nigeria und der in Amsterdam domizilierte Mutterkonzern Royal Dutch Shell die Verantwortung tragen für zwei Öllecks in Nigeria.

Lasche Schweizer Regelung könnte Konzerne aus der EU anlocken

Im gleichen Fall geht es selbst in Brexit-Britannien voran. Hier fällt das oberste Gericht im Februar den bahnbrechenden Entscheid, dass zwei Gemeinden im Nigerdelta vor einem englischen Gericht gegen die Muttergesellschaft Shell klagen können, um Schadenersatz und die Beseitigung der Ölverschmutzung zu erreichen.

Zurück in die Schweiz: Kurz nach der Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative sagte die oberste Nein-Campaignerin, Bundesrätin Karin Keller-Sutter, in der NZZ: «Wir ziehen mit der EU mit, nehmen die Unternehmen also deutlich stärker in die Pflicht als heute und schaffen damit gleich lange Spiesse für alle europäischen Unternehmen.» Alles paletti also? Nicht ganz, denn «KKS» sprach von ihrem windelweichen Gegenvorschlag.

Schweizer Unternehmen müssen erstmals 2024 Rechenschaft ablegen

Und dafür gilt folgender Fahrplan: Demnächst sollte dann mal eine Vernehmlassung starten und vielleicht tritt noch dieses Jahr ein Gesetz in Kraft. Aber dann haben die Schweizer Konzerne noch ein Jahr Zeit, um das Gesetz umzusetzen; das heisst, sie müssen erst im Jahr 2024 über ihre Aktivitäten im Vorjahr berichten. Bis die unverbindliche Sorgfaltspflicht also Wirkung in Form von Hochglanzbroschüren zeigt, dürfte die EU ihren gesamten Prozess abgeschlossen haben – und die Schweiz kommt dann daher wie die alte Fasnacht.

Fairerweise muss allerdings gesagt werden, dass die EU-Regelung erst dann Wirkung entfaltet, wenn sie von den Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten in Gesetze gegossen ist. Und bei der Umsetzung legen einige Staaten den Spielraum bekannterweise sehr grosszügig aus.

Damit ist klar, warum es in der Schweiz weiterhin den Druck der Zivilgesellschaft braucht, soll unser Land nicht schnell wieder zu einer Regulierungsinsel werden, die sogar dubiose Konzerne aus der EU anlocken könnte: Die Schweiz darf nicht erst dann an den Nachvollzug denken, wenn auch noch das hinterletzte EU-Mitglied die Direktive umgesetzt haben wird. Und es braucht eine Schweizer Lösung, die dem Vergleich mit den progressivsten nationalen Gesetzen standhält.

Der von der Delegiertenversammlung des Vereins Konzernverantwortungsinitiative am 10. März gefällte Beschluss, die KVI-Koalition nicht einfach aufzulösen, sondern dranzubleiben, wird für gehörigen Druck sorgen. Und Public Eye wird dabei weiterhin eine tragende Rolle spielen. Damit nicht nur der Willen der Mehrheit der Schweizer Bevölkerung respektiert wird, sondern auch Bundesrätin Keller-Sutter ihr Versprechen einlösen kann. ■



© Virginia Mayo/KeyStone


Erklärung Magazin Nr. 14, November 2018

Unsere Titelgeschichte «Vitol – die Erdölkönigin Kasachstans» der Magazin-Ausgabe vom 14. November 2018 thematisierte die Ölgeschäfte des Genfer Rohstoffkonzerns Vitol in Kasachstan. Teil der Berichterstattung waren auch der indische Geschäftsmann Arvind Tiku und sein Unternehmen Xena Investment Sàrl. Sie leiteten aufgrund des Berichts Klage beim Handelsgericht Bern ein. Auf Vorschlag des Gerichts hält der Verein Public Eye fest, dass er nicht beabsichtigt hat, den Vorwurf zu erheben oder den Eindruck zu erwecken, Arvind Tiku oder das Unternehmen Xena Investment Sàrl seien Teil eines Korruptionsnetzwerks, handelten als Strohleute für einen Dritten oder seien sonstwie an illegalen Geschäften beteiligt. Ein solcher Eindruck wäre unzutreffend. Ein in diesem Zusammenhang von der Schweizerischen Bundesanwaltschaft geführtes Verfahren wurde im Jahr 2013 rechtskräftig eingestellt.



PARAQUAT PAPERS

Wie Syngenta alles tat, um sein hochgiftiges Pestizid auf dem Markt zu halten



Das von Syngenta vermarktete Paraquat ist eines der ältesten und giftigsten Pestizide der Welt. Hunderte von internen Dokumenten, die Public Eye und die britische Organisation Unearthed erhalten haben, erzählen die Geschichte eines verantwortungslosen Agrochemiekonzerns, der über Jahrzehnte nichts unversucht liess, um sein Herbizid auf dem Markt zu halten – während Zehntausende daran starben.

LAURENT GABERELL

Warunika war sechzehn Jahre alt, als sie einen Schluck «Gramoxone» aus einer Flasche trank, die im Haus ihrer Familie herumstand. Ihre Eltern sind sich sicher: Sie wollte nicht sterben. Nach einem Streit mit ihrem Bruder hatte sie sich wütend die Flasche geschnappt und einen Schluck genommen. «Hier, ich hab das getrunken!», rief sie ihrer Mutter zu. «Sie hat das getan, um mir Angst zu machen», erklärt Kumarihami. Warunika starb am nächsten Tag im Krankenhaus.

Ihre Eltern, Kleinbauern im Norden Sri Lankas, benutzten Gramoxone als Unkrautvernichter auf ihren Reisfeldern. Das Produkt enthält Paraquat – eines der giftigsten Herbizide der Welt – in hoher Konzentration. Bereits ein Schluck kann tödlich sein, und ein Gegenmittel gibt es nicht. Zur Zeit als Warunika starb – vor rund 20 Jahren – tötete Paraquat jedes Jahr Hunderte von Menschen in Sri Lanka.

Niemand weiss, wie viele Menschen insgesamt durch das Schlucken der Chemikalie gestorben sind, seit die britische Firma Imperial Chemical Industries (ICI) Gramoxone 1962 auf den Markt brachte. Aber laut Michael Eddleston, Professor für klinische Toxikologie an der Universität Edinburgh und einer der weltweit führenden Experten für Pestizidvergiftungen, sind es Zehntausende – mindestens. In Ländern aller Weltregionen – von den Vereinigten Staaten über Trinidad, Brasilien, Costa Rica oder Malaysia bis zu Südafrika oder Indien – kam es zu tödlichen Vergiftungen durch Paraquat. Zahlreiche Menschen sind unter ähnlichen

Umständen ums Leben gekommen wie Warunika – als Folge einer impulsiven Handlung in einem Moment der Not. Und viele Kinder sind gestorben, nachdem sie versehentlich einen Schluck Paraquat zu sich genommen hatten. Die Einnahme des Herbizids endet fast immer tödlich. Deshalb ist es mittlerweile in über 50 Ländern verboten. Sri Lanka hat 2008 ein Paraquatverbot beschlossen, einige Jahre nach Warunikas Tod.

Sechs Jahrzehnte der Verantwortungslosigkeit

Syngenta, der Schweizer Riese in chinesischen Händen, hat das Pestizidgeschäft von ICI geerbt (ICI wurde in den 1990ern in Zeneca umbenannt und im Jahr 2000 ein Teil von Syngenta) und exportiert noch heute jedes Jahr Tausende Tonnen Paraquat aus seinem Werk in Nordengland – obwohl die Verwendung des Herbizids sowohl in Grossbritannien als auch in der Schweiz verboten ist.

Syngenta beteuert, Paraquat sei ein «sicheres und effektives Herbizid», solange es gemäss den Anweisungen auf dem Etikett verwendet werde. Man habe dazu beigetragen, «das Problem der versehentlichen Einnahme» zu lösen: durch die Beigabe eines blauen Farbstoffes und eines Geruchsmittels, um vor einem versehentlichen Trinken abzuhalten, sowie eines Brechmittels. Auf unsere Anfrage schreibt der Konzern, er sei «seit der Erfindung» von Paraquat die «treibende Kraft» hinter seiner «kontinuierlichen Verbesserung» gewesen. Dabei hätte er sich stets «an den besten wissenschaftlichen und medizinischen Standpunkten orientiert». →



Tochter Warunika starb nach einem Schluck Paraquat: D. M. Dharmasiri mit einem Foto seiner Kinder.

Doch nun hat eine Klage gegen Syngenta in den USA eine Fülle an internen Dokumenten ans Licht gebracht, die diese schönen Worte als leere Phrasen entlarven (siehe Box). Public Eye und Uneathed, die Investigativabteilung von Greenpeace in Grossbritannien, haben in den letzten Monaten Hunderte von Seiten interner Korrespondenz unter die Lupe genommen. Sie zeigen: Syngenta und seine Vorgängerunternehmen wissen seit Jahrzehnten, dass das Brechmittel, das Gramoxone zugesetzt wird, Todesfälle durch Vergiftungen nicht verhindern kann. Trotzdem liessen sie diverse Aufsichtsbehörden während all den Jahren im Glauben, dass das Mittel Leben rette – aus rein kommerziellen Interessen.

Die Dokumente zeigen, dass ICI sein patentiertes Brechmittel erfolgreich nutzte, um erstens seinen Bestseller auf dem Markt zu halten, als wichtige Länder mit einem Verbot drohten, und zweitens die Konkurrenz durch andere Paraquat-Hersteller abzuwehren.

Syngenta und seine Vorgänger ignorierten wiederholt die Warnungen ihrer eigenen Wissenschaftler. Und sie lehnten die flächendeckende Einführung von sichereren Paraquat-Produkten vehement ab, weil sie darin keine «wirtschaftlich akzeptable Lösung für das Suizidproblem» sahen.

Der Whistleblower

Dass diese Geschichte erzählt werden kann, ist vor allem der Beharrlichkeit des britischen Wissenschaftlers Jon Heylings zu verdanken. Heylings, der heute Professor für Toxikologie an der Keele University ist, hat 22 Jahre für ICI, deren Nachfolgefirma Zeneca und schliesslich Syngenta gearbeitet. Er hat dort die Arbeit zur Entwicklung von sichereren Paraquat-Produkten geleitet.

Heylings prangert nun öffentlich an, was er seinen Vorgesetzten seit dreissig Jahren immer wieder gesagt hat: Die Standard-Variante von Gramoxone, die Syngenta bis heute in vielen Ländern verkauft, sei zu gefährlich. Gemäss Heylings ist die Menge des Brechmittels PP796, die dem Produkt beigefügt wird, viel zu niedrig, um nach Einnahme einer tödlichen Dosis schnell genug Erbrechen auszulösen.

Heylings sagt, die Dosierung des Brechmittels beruhe ausschliesslich auf Berechnungen aus einem höchst zweifelhaften internen Bericht, der 1976 vom mittlerweile verstorbenen ICI-Toxikologen Michael Rose verfasst wurde. Der Wissenschaftler habe Daten aus einer klinischen Studie manipuliert («fabricated»), um nahezulegen, dass Menschen viel empfindlicher auf PP796 reagieren würden als die drei Tierarten, an denen das Mittel getestet worden war.

Als Heylings 1990 die Mängel des Rose-Berichts entdeckte, informierte er seine Vorgesetzten. In einer Reihe von Memos legte er detailliert dar, wie Roses Arbeit das Unternehmen auf Abwege gebracht habe. Eine starke Erhöhung der Brechmittel-Dosis könne «die Zahl der Todesfälle durch Paraquatvergiftungen reduzieren», schrieb er.

Doch dreissig Jahre später produziert Syngenta noch immer Gramoxone mit derselben geringen Konzentration desselben Brechmittels. Schlimmer noch: Der weltgrösste Pestizidhersteller konnte die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) sogar dazu bringen, seine PP796-Dosierung zum globalen Standard für sämtliche Paraquat-Produkte zu erklären.

Als Heylings dies 2018 erfährt, schlägt er erneut Alarm. Er wendet sich zunächst an Syngenta und anschliessend an die FAO und die US-Umweltschutzbehörde (EPA). «Ich habe nichts gegen Syngenta», schreibt er 2019 in einer E-Mail an die FAO. «Ich möchte nur, dass das nächste Kind, das versehentlich einen Schluck Paraquat nimmt, eine Überlebenschance hat, indem es das Gift erbricht, bevor eine tödliche Dosis ins Blut gelangt und es an Lungenversagen stirbt.»

Suizid als «kommerzielles Problem»

Wir schreiben das Jahr 1986, als Heylings in ICIs Zentralem Toxikologischen Labor (CTL) im britischen Cheshire die Arbeit aufnimmt. Schon damals ist das Geschäft mit Paraquat äusserst profitabel. Das Herbizid macht 30 % von ICIs Pestizidumsätzen aus und generiert 30 % des Gewinns.

Doch die hohe Zahl der Menschen, die an einer Paraquatvergiftung sterben, bringt diese Profite in Gefahr. ICI schätzt damals die jährliche Zahl der Todesfälle auf 2000 und den Anteil der Suizide auf 95 %. Wenig überraschend steht Paraquat «unter zunehmendem Druck von Regulierungsbehörden auf der ganzen Welt, insbesondere in Westeuropa, Japan und Malaysia», wie ICI damals festhält. Die Firmenprotokolle zeigen, dass ICI nicht nur



Jon Heylings, früher Forscher bei Syngenta, heute Professor für Toxikologie

gegen die drohenden Verkaufsverbote oder -einschränkungen kämpfte, sondern auch gegen die Bemühungen der Aufsichtsbehörden, sie dazu zu verpflichten, die hochkonzentrierte Flüssigkeit zu verdünnen oder durch festes Granulat zu ersetzen, um das Produkt sicherer zu machen. Dies, obwohl ICI für den britischen Markt seit den 1970er-Jahren feste und weniger konzentrierte Paraquat-Herbizide hergestellt hatte und wusste, dass diese deutlich weniger gefährlich waren als Gramoxone. Gemäss einer internen Erhebung aus den 1980er-Jahren lag die Todesrate in Grossbritannien bei Vergiftungen durch Gramoxone bei 78 %, im Vergleich zu 16 % bei festen Paraquat-Produkten wie Weedol.

«Keine wirtschaftlich akzeptable Lösung für Suizidproblem»

Aber um Granulate im grösseren Stil zu vermarkten, hätte das Unternehmen in neue, «unerschwingliche» Produktionsanlagen investieren müssen. Und eine Verdünnung des Produkts hätte die Herstellungs- und Verpackungskosten erhöht. Ein Strategiepapier von 1987 bringt die Interessensabwägungen der Firma auf den Punkt: Eine Verdünnung könne zwar eine «messbare Erhöhung der Überlebensrate» bewirken, doch die Paraquat-Konzentration müsste dazu mindestens fünfmal geringer sein. Die weltweite Einführung von verdünnten oder granulierten Produkten würde «die Konzerngewinne durch Paraquat zerstören».

«Keines der derzeit verfügbaren alternativen Produkte bietet eine wirtschaftlich akzeptable Lösung für das Suizidproblem», steht in einem internen Dokument von 1988. Die Firma ist der Meinung, sie sei ihrer Verantwortung für eine «Minimierung versehentlicher Vergiftungen» nachgekommen, indem sie Gramoxone in den 1970er-Jahren einen Farbstoff, ein Geruch- und ein Brechmittel hinzugefügt habe. Für das «soziale Problem» der Selbsttötungen fühlt sie sich nicht zuständig.

ICI ist sich jedoch bewusst, dass Regulierungsbehörden diese Ansicht nicht unbedingt teilen würden. Deshalb veranlasst das Management eine reaktive Strategie, um das «kommerzielle» Problem durch den «Missbrauch unseres Produkts bei Suizidversuchen» zu beheben: die «Entwicklung alternativer Produktformulierungen» auf «Reserve». Diese sichereren Produkte sollen nur dort verkauft werden, wo ICI mit «einer regulatorischen Paraquat-Krise konfrontiert» ist, die zu einem Verbot des Herbizids führen könnte.

Während Jon Heylings an der Entwicklung dieser sichereren Paraquat-Produkte arbeitet, stösst er erstmals auf Ungereimtheiten. Auf der Suche nach einer wissenschaftlichen Grundlage für die Dosierung des Brechmittels in Gramoxone landet er bei jenem Papier, das am Anfang des Skandals steht: eben diesem Rose-Report von 1976. →

Klage gegen Syngenta

In den USA hat die Kanzlei Korein Tillery im Namen einer Gruppe von Landwirt*innen, die Paraquat für ihre Parkinsonerkrankung verantwortlich machen, eine Klage gegen Syngenta eingereicht. Public Eye und Uearthed haben während Monaten Hunderte von Dokumenten gesichtet, die Syngenta im Rahmen des Rechtsstreits offenlegen musste. Die Brechmittel-Episode werde im Verfahren thematisiert, das im Mai in Belleville (Illinois) stattfinden wird, kündigt der leitende Anwalt Stephen Tillery an. Denn sie zeige, «wie weit die Firma bereit ist zu gehen, um Paraquat auf dem Markt zu halten». Whistleblower Heylings wird am Prozess in den USA aussagen.

Die Antwort von Syngenta

Mit den durch Public Eye und Uearthed aufgedeckten Fakten konfrontiert, weist der Basler Konzern «jede Andeutung zurück», dass Syngenta und seine Vorgängerfirmen bei der Entwicklung dieses Produkts «irgendeine andere Absicht» gehabt hätten, als «die richtige Menge an Brechmittel für Paraquat zu ermitteln, um das Risiko einer versehentlichen oder absichtlichen Einnahme bestmöglich zu mindern».

Syngenta schreibt weiter: «Fast alle modernen Innovationen – Gebäude, Brücken, Eisenbahnen, Pharmazeutika, Autos, Maschinen und Pflanzenschutzmittel – sind für Suizide benutzt worden.» Die Gesellschaft sollte sich «auf die Probleme der psychischen Gesundheit konzentrieren, anstatt der Welt nützliche Technologien vorzuenthalten (...)». Die FAO, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO, teilt Public Eye und Uearthed mit, dass sie aufgrund von Heylings' Bedenken eine «Sondersitzung» abgehalten habe, um ihre Spezifikationen zu Paraquat zu überarbeiten. Der Bericht dieser Sitzung werde «derzeit fertiggestellt».



Vollständige Antwort von Syngenta und der damaligen US-Vertriebsfirma Chevron:
publiceye.ch/syngenta-antwort

Der Toxikologe Michael Rose empfiehlt darin, Gramoxone 5 mg des Brechmittels PP796 pro 10 ml Flüssigkeit beizumischen. Er schätzt, dass diese Menge ausreicht, um bei «der Mehrheit» derjenigen, die die minimale tödliche Dosis Paraquat schluckten, Erbrechen auszulösen. Alle Tierversuche von ICI legten allerdings nahe, dass dazu eine viel höhere Dosis erforderlich wäre. Doch Rose erklärte, Menschen reagierten «empfindlicher auf die emetische Wirkung von PP796 als die untersuchten Labortiere». Wie war er zu diesem Schluss gekommen?

PP796 wurde ursprünglich nicht als Brechmittel, sondern als Asthma-Medikament entwickelt. Da frühe klinische Studien unangenehme Nebenwirkungen einschliesslich Erbrechen zeigten, wurde es als solches bald wieder verworfen. Die Ergebnisse dieser Tests waren die einzigen Informationen über die Wirkung von PP796 als Brechmittel bei Menschen, über die ICI verfügte. Auf ihrer Grundlage hatte Rose die zum Erbrechen notwendige Dosis abgeschätzt.

Heylings besorgt sich die Originaldaten der Studie und vergleicht sie mit Roses Bericht. Zu seiner Überraschung kann er «die beiden Datensätze nicht miteinander in Einklang bringen». Er stellt fest, dass Rose seine Aussagen auf einen winzigen klinischen Versuch stützte, der nur zwölf Proband*innen umfasste, von denen sich gerade mal zwei übergeben hatten. Für Heylings steht fest, dass Rose diese Daten für seinen Bericht manipuliert hat: Er schloss Personen aus, die durch PP796 nicht erbrochen hatten, und fügte stattdessen Teilnehmer*innen aus einer anderen Studie hinzu. Und damit nicht genug: Rose stützte seine gesamte Argumentation darauf ab, dass eine Person, die 8 mg PP796 erhalten hatte, sich nach zwei Stunden übergeben musste – viel zu spät, als dass dadurch eine tödliche Paraquatvergiftung hätte verhindert werden können.

Im Januar 1990 teilt Heylings seine Bedenken in einem Memo erstmals seinem Chef mit, dem Toxikologen Lewis Smith: Studien zu Vergiftungsfällen durch Paraquat-Produkte mit Brechmittel hätten «keinen eindeutigen Beweis dafür erbracht», dass die Beimischung von 5 mg pro 10 ml (oder 0,05 %) PP796 in Gramoxone in den 1970er-Jahren «zu einem signifikanten Rückgang der Zahl der Todesfälle geführt hat», schreibt Heylings. Aus seiner Sicht sei das «nicht besonders überraschend». Er sei zum Schluss gekommen, dass «die empfohlene

Konzentration an PP796 wahrscheinlich weit unter einer beim Menschen wirksamen Dosis liegt».

Die von Rose verwendeten Daten seien «nicht ausreichend», um wissenschaftlich zu belegen, dass Menschen empfindlicher auf PP796 reagierten als Tiere, schreibt Heylings. Um die Zahl der tödlichen Vergiftungen zu reduzieren, müsste die Konzentration des Brechmittels «um das Zehnfache erhöht werden».

Der Leiter Produktentwicklung hat offensichtlich keine Lust, in der Vergangenheit zu wühlen. Er rät Heylings, sich stattdessen darauf zu konzentrieren, eine Lösung zu finden.

Heylings ist nicht der erste, der eine deutliche Erhöhung des Brechmittelanteils fordert. Auch Lewis Smith selbst, der später Leiter Produktentwicklung bei Syngenta in Basel wurde, hatte bereits 1985 eine fünffache Erhöhung der Brechmittel-Dosis empfohlen. Bei einem Austausch zwischen den beiden im Herbst 1990 versichert Smith Heylings, es gebe «keinerlei Meinungsverschiedenheiten» zwischen ihnen darüber, dass «eine drei- bis fünffache Erhöhung des Brechmittels in Betracht gezogen werden sollte». Doch Smith hat offensichtlich keine Lust, in der Vergangenheit zu wühlen. Er rät Heylings, sich stattdessen darauf zu konzentrieren, eine Lösung zu finden.

Hätte man ihm erlaubt, der Sache auf den Grund zu gehen, hätte Heylings vielleicht entdeckt, dass viele der Fehler in Roses Bericht bereits 15 Jahre zuvor erkannt worden waren.

US-Umweltbehörde will Paraquat «drankriegen»

Michael Rose beginnt 1976 für ICI in Cheshire an einem Brechmittel für Paraquat zu arbeiten. Denn das Pestizid wird für die Firma allmählich zum Problem: Seit einigen Jahren steigt die Zahl der tödlichen Vergiftungen in Grossbritannien konstant an. Der Hersteller steht zunehmend im Fadenkreuz der Medien, der Aufsichtsbehörde und der ohnmächtigen Ärzte, die im Fall einer Vergiftung nichts tun können.

Studies of poisoning cases involving emeticised paraquat formulations have not provided any definitive evidence that the introduction of 0.05% PP796 to paraquat concentrate in 1979 has resulted in a significant reduction in the number of fatalities attributed to the herbicide. This in my view, is not entirely surprising. My conclusion from studying the scientific evidence from clinical studies with the emetic is that the concentration of PP796 recommended in 1976 is probably well below an effective emetic dose in man.

Internen Dokumenten zufolge steht ICI auch in anderen Teilen der Welt wie Japan, Malaysia und Westeuropa unter «starkem Druck» der Regulierungsbehörden. Die grösste Bedrohung geht von den Vereinigten Staaten aus. Denn die US-Umweltschutzbehörde (EPA) hat 1975 neue Regeln erlassen, wonach sehr risikoreiche Pestizide umfassend auf ein mögliches Verbot hin überprüft werden können.

Das Verfahren kann unter anderem auf Pestizide angewandt werden, für die es im Notfall kein Gegenmittel gibt. Die Chevron Chemical Company, die Paraquat in den USA für ICI vertreibt, schreibt in einem Brief im Dezember 1975 an ICI, das Herbizid laufe Gefahr, einer solchen Überprüfung unterzogen zu werden. Teile der EPA wollten Paraquat «drankriegen».

Nun ist schnelles Handeln angesagt; denn ein Verbot in den USA käme ICI teuer zu stehen und könnte zudem andere Märkte gefährden. Im folgenden Monat wird Michael Rose gebeten, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich mit der «Machbarkeit» der Zugabe eines Brechmittels zu Gramoxone befasst. Bereits bei ihrem ersten Treffen am 29. Januar 1976 kürt die Gruppe ihren Kandidaten: PP796.

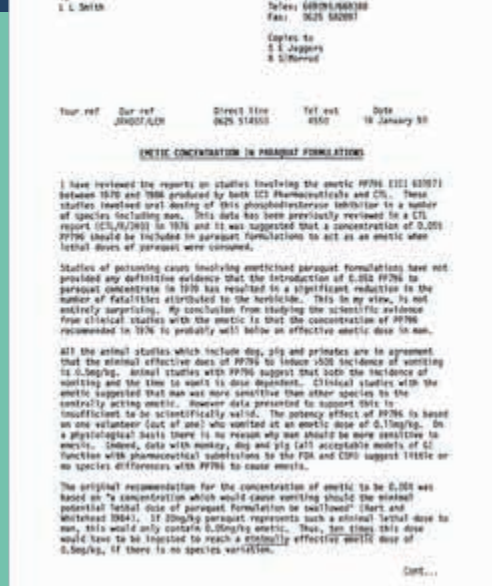
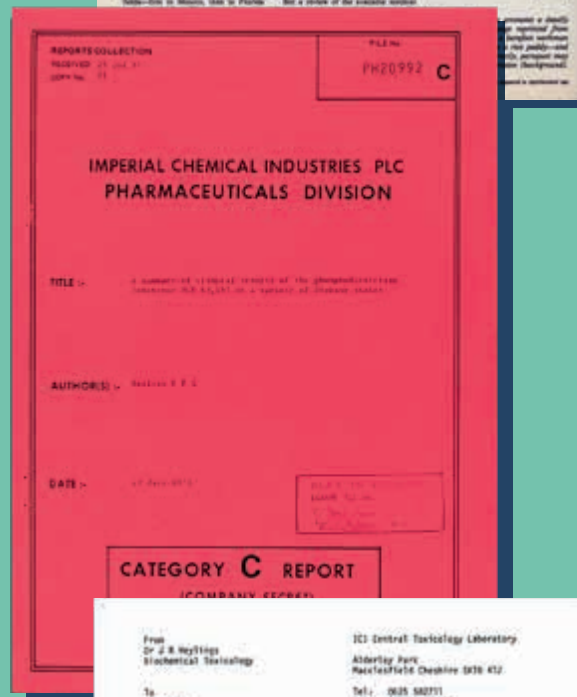
Im August schickt ICI einen Zwischenbericht an Chevron: Eine Dosis von «5 mg pro 10 ml Gramoxone» löse «wahrscheinlich bei 80 % derjenigen, die eine solche Menge einnehmen, innerhalb von 15 Minuten Erbrechen aus», steht dort. Doch der Toxikologe Richard Cavalli von Chevron stellt dies in Frage. Nach einigen Nachforschungen gelangt er zum exakt gleichen Schluss, den 14 später auch Jon Heylings ziehen wird: Die Daten stützten die mündlichen Aussagen aus dem Toxikologischen Labor von ICI nicht, wonach «das Präparat beim Menschen wirksamer sei».

Cavalli äussert seine Bedenken auch in einem an Rose adressierten Schreiben. Rose räumt daraufhin ein, dass die klinischen Daten «sicherlich schwach» seien. Er habe «mangels harter Beweise einen Berichts-Entwurf gemacht», in dem er sich für die Zugabe von 5 mg pro 10ml ausspreche. Er schliesst: «Wir glauben, dies sollte ausreichen, um in Europa die Zulassung zu erhalten. Kommentare?»

Bis im Herbst 1976 korrigiert Rose seine eigenen Aussagen sukzessive: In seinem Abschlussbericht sind es schliesslich nicht mehr 80 % der Menschen, die angeblich bei 5 mg Brechmittel nach 15 Minuten erbrechen, sondern nur noch «eine Mehrheit», die «innerhalb einer Stunde» erbricht.

Dennoch stimmt der ICI-Vorstand Roses Vorschlag im Oktober zu und beschliesst, Gramoxone weltweit pro 10 ml Flüssigkeit 5 mg des Brechmittels PP796 beizufügen, und zwar «so schnell wie möglich». Im April des folgenden Jahres beantragt Chevron bei der US-Umweltschutzbehörde EPA, die Verwendung von PP796 in Paraquat zu erlauben.

Trotz der schwachen Beweislage hofft ICI, die Aufsichtsbehörden weltweit davon zu überzeugen, dass das neue Produkt «einen grossen Fortschritt» in seinen



- 1 Artikel in «Science Digest» von 1983
- 2 Vertrauliches Dokument von ICI
- 3 Memo von Jon Heylings an einen Vorgesetzten

Bemühungen darstelle, «das Vergiftungsproblem zu lösen». So steht es in einem Dokument des Verwaltungsrats, das im Oktober 1976 an die Direktion geht.

Doch neben dem Ziel, die Aufsichtsbehörden milde zu stimmen, verfolgt ICI mit PP796 noch andere Absichten. Die Firma will ihr patentiertes Brechmittel nutzen, um die Konkurrenz durch Hersteller von generischem Paraquat auszuschalten. Der Verwaltungsrat empfiehlt, dass alle ICI-Tochtergesellschaften im Ausland umgehend das Gespräch mit nationalen Aufsichtsbehörden suchen, um sicherzustellen, dass nur noch das Produkt mit dem Brechmittel «verkauft werden darf».

Die Strategie zahlt sich aus. In einem als «geheim» bezeichneten Memo vom August 1981 heisst es, «die Vorschrift, dass Paraquat ein Brechmittel zugefügt werden muss» habe dem neuen Gramoxone in Grossbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Japan und Venezuela «eine praktisch exklusive Stellung verschafft». In einigen Ländern, etwa Frankreich und Venezuela, habe das Brechmittel zudem wahrscheinlich «ein Verbot von Paraquat verhindert».

US-Umweltbehörde verzichtet auf Überprüfung der Zulassung von Paraquat

Im Frühjahr 1982, fünf Jahre nach ICIs Antrag, genehmigt die EPA schliesslich die Verwendung von PP796 in den USA. Ausserdem verzichtet die Umweltbehörde auf eine Überprüfung der Zulassung von Paraquat. Das Brechmittel hat bei dieser Entscheidung eine wichtige Rolle gespielt, wie aus einem Schreiben der EPA an Chevron hervorgeht.

Diese Neuigkeiten aus den USA sind für ICI in der Zeit wohl die einzigen guten Nachrichten. Die Resultate von Umfragen in zwei Ländern, in denen das neue Gramoxone eingeführt worden ist, sind katastrophal. Gemäss einem geheimen Memo vom August 1981 gibt es «keine statistischen Beweise, dass das Brechmittel die Zahl der Todesfälle durch das Pestizid reduziert hat». Im besten Fall hätten «einige wenige Menschen dank dem zugefügten Brechmittel eine Paraquat-Vergiftung überlebt», und selbst in diesen Fällen «können wir nicht sicher sein», dass PP796 «dazu beigetragen hat, Leben zu retten». Auf die Firma könnte eine «ernsthafte Bedrohung» zukommen, wenn die Behörden in gewissen Ländern vielleicht bald «Beweise für die Wirksamkeit» verlangten, wird im Memo gewarnt. «In einigen Fällen ist es sogar denkbar, dass unser Unvermögen, nachzuweisen, dass das Brechmittel die Anzahl Todesfälle durch Paraquatvergiftungen reduziert, zu einem Verbot des Produkts führen könnte.»

Auch die Chancen, dass ICI seinen kommerziellen Vorteil durch PP796 aufrechterhalten kann, stehen laut Memo schlecht: Angesichts der «aktuellen Einschätzung des wahrscheinlich geringen toxikologischen Nutzens», der sich durch die Zugabe des Brechmittels ergebe, sei derzeit «schwer vorstellbar», wie die Behörden dazu gebracht werden könnten, PP796 in allen Paraquat-Produkten verbindlich vorzuschreiben. Doch nur so könne «durch das Brechmittel ein kommerzieller Vorteil erreicht werden».

Diese Einschätzung ist allerdings deutlich zu pessimistisch, wie sich herausstellt: In den folgenden

The Herbicide Growers Have Trusted For Over Twenty Years Is Now Even Better.

Paraquat, the herbicide growers in over 100 countries worldwide have grown to trust. The herbicide used on over 10 million acres of US cropland every year. The herbicide used in the production of over 100 different crops. Its use product grows have used for over 20 years. Its effectiveness and economy. And now its even better.

Paraquat, the product you know you can trust, is now known as **GRAMOXONE SUPER herbicide**. The name has changed. The dependability hasn't.

How It Works.

GRAMOXONE SUPER is a fast-acting broad-spectrum herbicide that kills vegetation on contact. Absorbed rapidly by the plant, **GRAMOXONE SUPER** attacks only the green growth that is thoroughly covered. Unlike systemic herbicides, small amounts of **GRAMOXONE SUPER** can accidentally kill on crop leaves soon after the plant. And it has to affect on mature bark, so it can be used in established trees, vines, or even in young orchards and vineyards if a shrubbed spray is used.

Whether you have broadleaf weeds or grasses, **GRAMOXONE SUPER** will kill them – fast! So fast that you'll see weed knockdown in just 48 hours. Spray **GRAMOXONE SUPER** on weeds and within as little as 30 minutes, the **GRAMOXONE SUPER** is visible. No other contact herbicide is as effective in many conditions or works faster against a broad spectrum of weeds.

Save Money With Gramoxone Super

When you use **GRAMOXONE SUPER** in a conventional tillage program, you can reduce or eliminate

calibration for weed control before planting. In fact, no-till farming can save you up to 50% of the time you need to have your tractor in the field. That means you save on equipment and manpower costs.

GRAMOXONE SUPER works quickly so there's less competition from weeds for water and nutrients. This gets your crop off to a better start.

GRAMOXONE SUPER does the job more cost-effectively than other burndown herbicides.

The Perfect Foundation for Any Herbicide Program.

Have a weed problem that requires fast action and residual control? Eliminate seedling weed competition and provide extended weed control by using mixing economical **GRAMOXONE SUPER** with one or more of the many residual herbicides that are compatible with it.



The new dual spray nozzle atomizes a fine mist of herbicide on contact or spray.

Help Your Crops Grow Better.

GRAMOXONE SUPER is the product you can trust for the production of corn, soybeans, rice, wheat, sorghum, sugarcane, cotton, and many other crops.

Use it in no-till and double cropping as a burndown and/or residual weed control management, or for burndown clean-up. **GRAMOXONE SUPER** is the herbicide for any season.

GRAMOXONE SUPER Working With The Environment.

When **GRAMOXONE SUPER** reaches the ground, it's bound to dry particles in the soil within minutes and is biologically deactivated then decomposes in the soil. Any soil containing **GRAMOXONE SUPER** that washes into streams or ponds will not affect aquatic plants or animals.

When you use **GRAMOXONE SUPER** instead of tillage, you can actually help protect the environment. Less tillage helps reduce erosion, while a mulch of dead weeds can help maintain the soil moisture. And **GRAMOXONE SUPER** when used properly should not adversely affect wildlife, birds, bees, or other beneficial soil organisms.

GRAMOXONE Super See How It's Changed.

What's new about **GRAMOXONE SUPER**? First, it's a new formulation, with new rates. It's thinner so it flows more easily with less waste. And **GRAMOXONE SUPER** mixes well with other herbicides for greater flexibility in your weed control program. The color has been changed from tan to dark green to alert users if product gets on clothing or skin.



From a new safety system before a close application. Our new 1/2 gallon backpack sprayer has a closed, double-venturi herbicide.

The existing plus a new, ultraviolet color indicates the chance of accidental swallowing. In the unlikely event of swallowing, the asterisk in **GRAMOXONE SUPER** will indicate vomiting.

Packaging At Its Best.

Increased safety features have gone into the new **GRAMOXONE SUPER** too. Each modified package is individually tested to minimize the chance of leakage. The 1-gallon jug is designed with a correct spout to reduce splashing and is fitted with a child-resistant cap.

The container label is permanently attached so it's always on hand for your ready reference.

When You Want Paraquat, Ask For Gramoxone Super.

It's the new name for paraquat, the new product that growers have trusted for over 20 years. When you want broad-spectrum weed control, fast knockdown, economy and convenience, ask for **GRAMOXONE SUPER**, its paraquat at its best.

Gramoxone Super

Werbung von 1986: «Im unwahrscheinlichen Fall des Verschluckens wird das Brechmittel in «Gramoxone Super» Erbrechen herbeiführen.»

Jahren gelingt es der Firma, mehrere Länder davon zu überzeugen, das Brechmittel obligatorisch zu machen.

Obwohl das Unternehmen, das 1993 in Zeneca Agrochemicals umbenannt wird, längst um die mangelnde Wirksamkeit seines Brechmittels weiss, weibelt es bei Aufsichtsbehörden weiterhin damit, um Paraquatverbote zu verhindern und sich die Konkurrenz vom Hals zu halten. Als die Europäische Union die Zulassung von Paraquat Anfang der 1990er-Jahre überprüft, will Zeneca die Gelegenheit nutzen, um PP796 «in allen in der EU vermarkteten Paraquat-Produkten obligatorisch zu machen».

«Richtig viel Geld, wenn wir es kriegen»

Der Zeneca-Mitarbeiter Andy Cook, heute Globaler Leiter Regulierung bei Syngenta, erarbeitet für die europäischen Behörden einen Bericht über PP796. Als Heylings am Zentralen Toxikologischen Labor eine Kopie erhält, traut er seinen Augen nicht: Noch immer wird der Bericht von Rose von 1976 als Beweis für die Wirksamkeit der in Gramoxone enthaltenen Brechmittel-Dosis verwendet. Heylings wendet sich an Cook, um seine bereits 1990 angebrachte Kritik zu wiederholen. Trotzdem zitiert Zeneca auch in der bei der EU eingereichten Endfassung den Rose-Bericht.

Zwei Jahre später, im Juni 1997, richtet sich eine Zeneca-Mitarbeiterin mit der Anfrage an Cook, ob Zeneca «eine Art <To Whom It May Concern>-Brief» vorlegen könnte, der bestätigt, dass das Brechmittel in Gramoxone die Vorgaben der FAO erfüllt. Die FAO hatte gerade neue «Spezifikationen» herausgegeben, wonach Paraquat ein wirksames Brechmittel beigefügt werden soll.

Der Grund für ihre Anfrage sei, dass Nigeria derzeit auf ein Verbot zuzusteuern scheine, während man sich mit Gramoxone auf eine lukrative Ausschreibung bewerben wolle: «richtig viel Geld, wenn wir es kriegen».

2003 schliesslich gelingt es dem Unternehmen, das zur Jahrtausendwende zu Syngenta geworden ist, die FAO davon zu überzeugen, PP796 in ihrer Spezifikation als «einzige Substanz» aufzuführen, welche die Anforderungen an ein Brechmittel für Paraquat erfüllt. Die neue Spezifikation legt die gleiche unwirksame Konzentration an Brechmittel fest, die seit Ende der 1970er-Jahre in Gramoxone enthalten ist.

Zudem erneuert die Europäische Kommission im selben Jahr gleich auch noch die Zulassung von Paraquat und schreibt vor, dass alle in der EU vermarkteten Produkte ein «wirksames Brechmittel» enthalten müssten, das den Vorgaben der FAO entspreche.

Gescheiterte Imagepolitik

In den 1990er-Jahren konzentriert sich Heylings darauf, die Gefährlichkeit von Paraquat zu reduzieren; durch Brechmittel sowie mithilfe anderer Zusatzstoffe, welche die Absorption des Gifts im menschlichen Körper

verlangsamen. Doch sobald der Toxikologe beginnt, mit Rezepturen zu experimentieren, die die fünffache Menge an Brechmittel enthalten, stösst er intern auf Widerstand. Der Grund: zu teuer.

Jede «signifikante Erhöhung der Brechmittelkonzentration würde eine hohe finanzielle Einbusse mit sich bringen», warnt ihn der Leiter der Herbizidabteilung Ende 1990. Von da an konzentriert sich Heylings' Arbeit auf Produkte mit einer dreifachen Menge an Brechmittel und anderen Zusatzstoffen.

Nach jahrelangem Experimentieren und Versuchen mit verschiedenen Produkten entscheidet sich Syngenta schliesslich in den frühen 2000er-Jahren, eines dieser Produkte auf den Markt zu bringen: «Gramoxone Inteon». Syngenta hat Grosses vor mit dem neuen Produkt, das intern als «die Prometheus-Technologie» gehandelt wird. Ein «hochvertrauliches» Projekt-Briefing von 2001 zeigt, dass ICI in Inteon eine «einmalige Gelegenheit» sieht, das «Markenimage» und die «Wahrnehmung von Gramoxone durch wichtige Interessensgruppen» zu verbessern.

Syngenta versucht die US-Umweltschutzbehörde EPA dazu zu drängen, Generikaherstellern die Vermarktung von «älteren Paraquat-Produkten» zu verbieten.

Ein Strategiepapier von 2003 zeigt, dass der Konzern auch nach der Zulassung von Inteon – ähnlich wie bereits in den 1970er-Jahren – wieder versuchen will, sich «einen legitimen Vorteil gegenüber Konkurrenten» zu verschaffen, indem er «das Produkt zum neuen Mindeststandard für Paraquat etabliert».

Im Oktober 2004 wird Inteon in Sri Lanka eingeführt, wo Paraquat damals 400 bis 500 Todesfälle pro Jahr verursacht. Laut einer später publizierten, von Syngenta finanzierten Studie erhöht das neue Produkt die Überlebensrate von 27,1% auf 36,7%. Im Studienzeitraum von 16 Monaten habe Inteon etwa 30 Menschenleben gerettet. Für mehr als 60% derjenigen, die es eingenommen haben, ist das Produkt aber immer noch tödlich – eine untragbare Bilanz für die sri-lankischen Behörden. 2008 beschliessen sie, Paraquat schrittweise vom Markt zu nehmen. 2014 wird es vollständig verboten.

Unterdessen hat Syngenta auch in den USA Mühe, die Umweltbehörde von Inteons Vorzügen zu überzeugen. Die Firma versucht die EPA dazu zu drängen, Generikaherstellern die Vermarktung von «älteren Paraquat-Produkten» zu verbieten, weil diese die Sicherheit «unangemessen und signifikant» beeinträchtigen – ohne Erfolg. →



Laut Arzt Dr. Shaluka Jayamaha (mit Hemd) gingen die pestizidbedingten Todesfälle nach dem Verbot von Paraquat in Sri Lanka stark zurück.

© Sachindra Perera



Gramoxone: in Indien noch 2019 mit minimalem Brechmittelanteil

© PAN India



Ärzte im indischen Burla im Hungerstreik

© YouTube/Kalinga TV



Unsichere Verwahrung: Pestizidspritze in einem Haushalt in Sri Lanka

© Sachindra Perera

So beschliesst Syngenta Anfang 2008, «das Inteon-Projekt zu beenden». In den USA führt die Firma eine andere Paraquat-Variante ein, die auch dreimal mehr Brechmittel als Standard-Gramoxone enthält. In anderen Ländern – etwa in Indien – verkauft der Basler Konzern weiterhin «Standard»-Gramoxone mit der seit den 1970er-Jahren unveränderten Menge an Brechmittel.

«Kein denkbare Motiv» für eine Fälschung

Als Jon Heylings 2018 feststellt, dass die FAO immer noch denselben Standard verwendet, schickt er im August eine E-Mail an seine ehemaligen Kollegen bei Syngenta. Während den nächsten 12 Monaten kommt es zu zahlreichen Besprechungen und E-Mails. Der Toxikologe legt seine Kritikpunkte detailliert dar und zeigt auf, wie diese in der Vergangenheit systematisch ignoriert worden sind.

Im Mai 2019 antwortet Dave French, bei Syngenta auf globaler Ebene für Regulierungsfragen verantwortlich, Heylings in einem Brief. ICI und Rose hätten «kein denkbare Motiv» gehabt, den Bericht von 1976 «zu fälschen oder Daten zu fabrizieren», schrieb er zum Vorwurf der Fälschung. Die freiwilligen Massnahmen zur Produktesicherheit hätten «eindeutig auf eine Verbesserung der Überlebensrate» abgezielt.

2019 unterzieht Syngenta die Daten des Rose-Berichts erneut einer statistischen Analyse. Diese bestätigt, was Heylings seit 1990 sagt: «Die klinischen Daten lassen keine gesicherte Schlussfolgerung über die angemessene Dosierung von PP796 in Paraquat-Produkten zu», so das Fazit.

Syngenta stellt sich auf den Standpunkt, dies sei nicht relevant, weil mittlerweile neue Studien im Besitz des Unternehmens die Wirksamkeit des Brechmittels unter realen Bedingungen belegen würden. Dave French verweist auf eine 1987 veröffentlichte Studie von Meredith und Vale. Diese beweise, dass Gramoxone die FAO-Spezifikationen erfülle.

Diese Studie besage, dass 65 % der Personen, die Gramoxone mit PP796 zu sich nahmen, «innerhalb von 30 Minuten erbrechen mussten», schreibt French. Diese Zahlen stammen von einer von ICI finanzierten Studie mit britischen Paraquat-Vergiftungsopfern von 1980 bis 1982. Public Eye und Uearthed konnten sich die ICI-Studie, die nie veröffentlicht wurde, im Detail ansehen. Dabei entdeckten wir Überraschendes: Die meisten Proband*innen hatten gar kein Gramoxone eingenommen, sondern Weedol, ein weniger konzentriertes, festes Produkt mit einem höheren Brechmittelanteil.

Wir haben die Studiendaten dem Toxikologieprofessor und Experten für Pestizidvergiftungen Michael Eddleston gezeigt. Seine Antwort auf die Frage, ob die Arbeit von Meredith und Vale belege, dass Gramoxone den FAO-Spezifikationen entspricht, ist unmissverständlich: «Offensichtlich nicht.»

Eddleston widerspricht auch der Behauptung, welche Syngenta und seine Vorgängerfirmen im Laufe der Jahre immer wieder geäussert haben: dass Menschen, die mit Paraquat Suizidversuche begehen, meist so grosse Mengen zu sich nehmen würden, dass ohnehin kein Brechmittel sie retten könnte. «Viele Menschen, vor allem jüngere, nehmen sehr kleine Mengen an Gift ein», erklärt Eddleston, der gemäss eigenen Aussagen bereits «Dutzende, wenn nicht Hunderte» Menschen an Pestizidvergiftungen hat sterben sehen.

Viele Vergiftungsopfer lebten noch während mehreren Tagen, sagt er, «sie können mit Ihnen sprechen, Ihnen erzählen, was geschehen ist. Und oft hatten sie überhaupt keinen Willen zu sterben.» Selbst wenn man Paraquat etwas «weniger gefährlich machen» könne – «sicher kann man es nicht machen», sagt Eddleston.

«Die einzige Lösung ist es, Paraquat zu verbieten»

In den frühen 2000er-Jahren seien in Sri Lanka zeitweise «ein Drittel der Spitalbetten von Menschen mit Pestizidvergiftungen belegt» gewesen, sagt Dr. Shaluka Jayamaha, Dozent an der medizinischen Fakultät der Universität Kelaniya. Dann wurden Paraquat und die giftigsten Organophosphat-Insektizide verboten. Daraufhin seien «die pestizidbedingten Todesfälle» und damit auch die Belastung der Krankenhäuser stark zurückgegangen.

Doch anderswo wird immer noch mit Paraquatvergiftungen gekämpft; im indischen Bundesstaat Odisha zum Beispiel. Im September 2019 traten Ärzt*innen aus der Stadt Burla in einen Hungerstreik. Sie forderten ein Verbot von Paraquat. Medienberichten zufolge waren in den zwei Jahren davor 177 Patient*innen nach Paraquatvergiftungen in ihr Krankenhaus in Burla eingeliefert worden. 170 waren gestorben.

Der von Uearthed und Public Eye kontaktierte Arzt Dr. Shankar Ramchandani, der am Streik teilnahm, zeigt sich tief besorgt. Obwohl die Regierung von Odisha den Einsatz von Paraquat inzwischen eingeschränkt habe, «kommen nach wie vor Patient*innen. Viele sterben und wir können nichts tun, weil es kein Gegenmittel gibt.»

Für Dr. Shankar Ramchandani ist klar: «Die einzige Lösung ist es, Paraquat zu verbieten.» ■



Online-Version der Story mit noch mehr Originaldokumenten:
publiceye.ch/de/paraquatpapers

Disclaimer: Diese Version ist gekürzt und eine Übersetzung der englischen Originalfassung. Im Falle von Abweichungen ist einzig das englische Original massgeblich.



Aufatmen in Westafrika

Weniger als fünf Jahre nach Veröffentlichung des Reports «Dirty Diesel» durch Public Eye ist das Geschäftsmodell der Schweizer Rohstoffhändler mit extrem schwefelreichen Treibstoffen in Westafrika Geschichte. Bis zu 175 Millionen Menschen können aufatmen. Möglich wurde dieser grosse Erfolg durch hartnäckiges Recherchieren und die enge Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd.

ANDREAS MISSBACH

Alles begann mit einer Frage, die sich uns bei der damaligen Erklärung von Bern vor zehn Jahren beim Schreiben des Buches «Rohstoff – Das gefährlichste Geschäft der Schweiz» stellte. Ein Kapitel darin behandelte den grössten Umweltskandal der hiesigen Rohstoffbranche: Trafigura liess 2006 in Abidjan an der Elfenbeinküste tonnenweise Giftmüll in offenen Deponien «entsorgen». Mehr als 100 000 Menschen waren betroffen, neben vielen Erkrankungen wurden sogar mehrere Todesfälle registriert. Die toxische Last waren Rückstände, die bei einem improvisierten Raffinerieverfahren an Bord des Tankers Probo Koala entstanden waren. Natürlich lag das Augenmerk von allen, die sich mit dieser schrecklichen Geschichte befassten, auf diesen gefährlichen Rückständen – wir bei Public Eye aber fragten uns auch: «Was war eigentlich an Bord des Tankers genau produziert worden?»

Die Antwort: Es handelte sich um Benzin, das auch nach der «Auswaschung» in den Tanks der Probo Koala noch extrem viel Schwefel enthielt. Wir kamen zum Schluss: «Westafrika ist Trafiguras wichtigster Markt (...). Afrikanisches Benzin übersteigt den europäischen Grenzwert oft um das Hundertfache. In der Sprache der Ölbranche werden für solche Regionen «Produkte hergestellt, die den Bedürfnissen des loka-

len Markts angepasst sind». Soll heissen: Der Treibstoff wird so dreckig geliefert, wie es eben erlaubt ist.»

Das Probo-Koala-Benzin enthielt aber immer noch zu viel Schwefel, als dass damit ein Automotor hätte betrieben werden können – es musste also noch irgendwie verdünnt werden. So kamen wir zum ersten Mal mit «Blending» in Kontakt, dem Mischen von Vor- und Zwischenprodukten, um den gewünschten Treibstoff zu erhalten.

Das Thema liess uns nicht mehr los. Einige Jahre später stellten wir fest, dass die Schweizer Rohstoffhandelsfirmen in Afrika und fast nur in Afrika Tankstellennetze aufbauten oder aufkauften – die Marke «Shell» etwa wird in den meisten afrikanischen Ländern vom Schweizer Konzern Vitol betrieben. Deshalb kam uns die nächste folgenreiche Frage: «War Probo Koala nur die Spitze des Eisbergs und gibt es ein ganzes, sehr viel grösseres Geschäftsmodell, das auf «Dirty Diesel» basiert?»

Den Giftmischern auf der Spur

Um diese Frage zu beantworten, brauchte es eine der längsten und aufwendigsten Recherchen, die Public Eye je betrieben hat; sie beschäftigte zeitweise fünf Personen. Wir gingen nach Westafrika und nahmen Treibstoffproben, die wir wissenschaftlich analysieren liessen. Wir

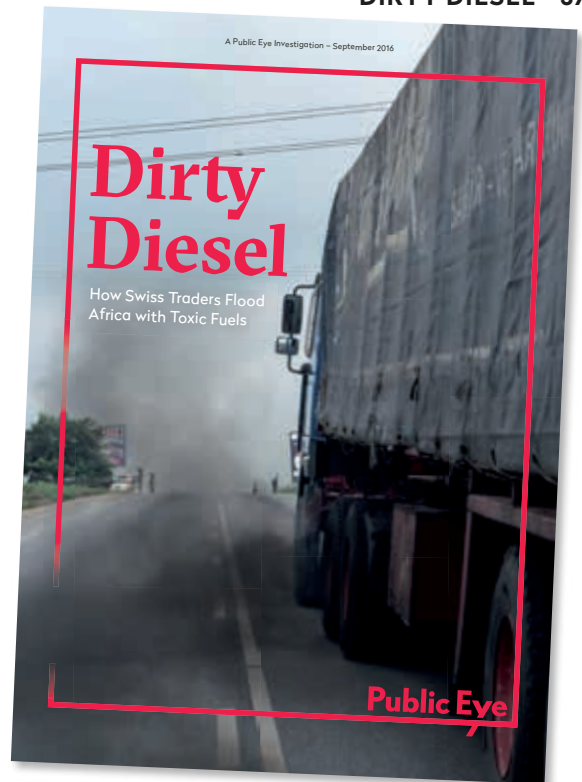
verfolgten die Routen der Tanker der Schweizer Konzerne und recherchierten verdeckt in den Häfen von Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen, wo das Mischen der «afrikanischen Qualität» in grossem Stil stattfand. Nach drei Jahren publizierten wir 2016 unsere erschreckenden Ergebnisse: Der Schwefelgehalt war bis zu 378 Mal höher als in Europa erlaubt. Und wir hatten weitere gesundheitsschädigende Substanzen in Mengen gefunden, die in Europa verboten sind – Benzol etwa oder polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe. Der hohe Schwefelgehalt in den Treibstoffen generierte Feinstaub-Emissionen, die die Gesundheit der Menschen in den afrikanischen Ballungsgebieten massiv beeinträchtigten.

Unsere Enthüllungen lösten in Afrika eine Welle der Empörung aus und hatten ein weltweites Medienecho.

Unsere Partner in Ghana, Nigeria, Mali und der Elfenbeinküste lancierten Kampagnen für griffige Treibstoffstandards in ihren Ländern. Und mit ihnen zusammen drehte Public Eye den Spieß für einmal um und verschifft symbolisch einen Container mit dreckiger Luft aus Accra, der Hauptstadt Ghanas nach Genf bis vor den Hauptsitz von Trafigura, um öffentliche Aufmerksamkeit auf dieses dreckige Geschäft zu lenken.

Erfolg dank Schulterchluss zwischen Nord und Süd

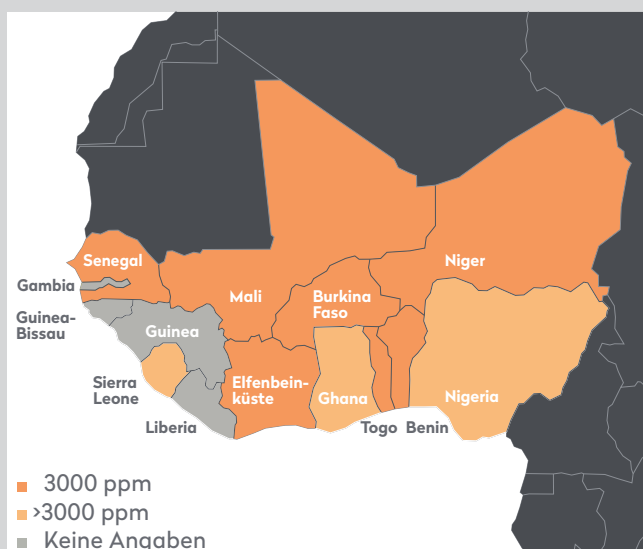
Die Regierung Ghanas hat den nationalen Schwefelstandard nach starken Protesten schon 2017 massiv verbessert und den staatlich erlaubten Schwefelgehalt für Dieselimporte um das Sechzigfache gesenkt. Doch die Enthüllungen von Public Eye riefen auch die westafrikanische



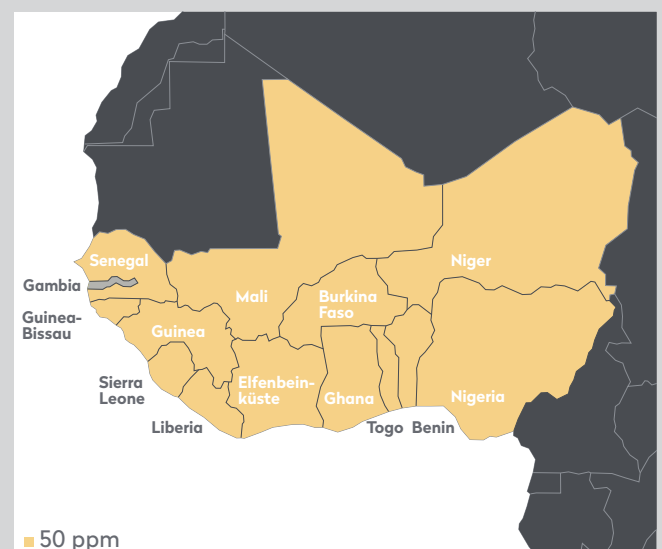
Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas auf den Plan. Im Februar 2020 beschlossen die Umwelt- und Erdölminister den neuen verbindlichen Standard für importierte Treibstoffe, der am 1. Januar 2021 in Kraft trat. Die Schwefelhöchstwerte für Diesel und Benzin werden auf 50 ppm gesenkt – die Schwelle, bei der Katalysatoren und Partikelfilter noch funktionieren. Zusammen mit ebenfalls neu erlassenen Normen für den Import von Occasionsautos wird die Luftverschmutzung nun massiv reduziert. Bis zu 175 Millionen Menschen können aufatmen. →

Schwefelgrenzwerte für Diesel in Westafrika

2015 Vor der Publikation des Public Eye Reports «Dirty Diesel» 2016



2021 Alle Länder der Wirtschaftsgemeinschaft Ecowas verschärfen ihre Grenzwerte auf 50ppm



Unser Partner in Mali, Oumar Samaké, Programmkoordinator der Association maliennne d'éveil au développement durable, sagt zu unserem gemeinsamen Erfolg: «Wenn wir nun Treibstoff mit einem geringeren Schwefelgehalt erhalten, hat dies natürlich positive Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen.» Michel Yoboué, Direktor der Groupe de recherche et de plaidoyer sur les industries extractives aus der Elfenbeinküste, ergänzt: «Für diese Art des Lobbyings ist die Zusammenarbeit zwischen Akteuren aus dem Norden und dem Süden zentral. Was wir erreicht haben, ist auf

die gute Kooperation zwischen einer Organisation wie Public Eye und den beteiligten afrikanischen Organisationen zurückzuführen.» ■



Lesen Sie unser Magazin von 2016 zu «Dirty Diesel»: publiceye.ch/de/mag01

Die Meilensteine unseres Erfolgs

▶ **09/2011** Das Rohstoffbuch der Erklärung von Bern (EvB) erscheint.

▶ **10/2012** Das Projekt «Blending» wird Teil der Rohstoffstrategie der EvB.

▶ **09/2013** In Amsterdam wird Marietta Harjono als Mitarbeiterin angestellt.

12/2013 In Angola nehmen wir die erste Treibstoffprobe bei einer Trafigura-Tankstelle in Lobito in der Provinz Benguela. Wir benötigen über drei Monate, um die Treibstoffproben ausser Landes zu bringen.

▶ **06/2016** Strategietreffen mit unseren afrikanischen Partnerorganisationen in Accra, Ghana.

Danach geht es Schlag auf Schlag:

▶ **16/09/2016** Der Report «Dirty Diesel» erscheint und erzielt ein weltweites Medienecho.

▶ **04/10/2016** Die «Irenes Rainbow» verlässt den Hafen von Accra und nimmt Kurs auf Antwerpen. An Bord ein Container mit Dreckluft für Trafigura.

10/10/2016 Die Konzernverantwortungsinitiative wird eingereicht.

▶ **01/11/2016** Ghana kündigt an, den Schwefelstandard für importierten Diesel um das Sechzigfache zu senken.

▶ **07/11/16** Der Container mit Dreckluft wird Trafigura übergeben

▶ **05/12/2016** Public Eye diskutiert in Den Haag mit der holländischen Ministerin für Handel und Entwicklung und der nigerianischen Umweltministerin über «Saubere Treibstoffe für Westafrika».

▶ **07/2017** Die neuen Treibstoff-Standards in Ghana treten in Kraft. Inzwischen haben auch Nigeria, Benin, die Elfenbeinküste und Togo strikte Standards angekündigt. In drei der fünf Länder haben unsere Partner Kampagnen durchgeführt.

▶ **07/2018** Ein Bericht des niederländischen Umweltinspektorats an das Parlament bestätigt die Ergebnisse der Public Eye Recherche vollumfänglich.

▶ **02/2020** Die Erdöl- und Umweltminister der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikas Ecowas beschliessen strenge Grenzwerte für importierte Treibstoffe.

▶ **05/2020** Eine Studie der NGO Stakeholder Democracy zeigt, dass der Diesel, den Vitol in Nigeria verkauft, sogar noch dreckiger ist, als was illegal in offenen Fässern im Nigerdelta gekocht wird.

▶ **07/09/2020** Fast exakt vier Jahre nach Erscheinen unseres Reports «Dirty Diesel» bestätigen die Staatschefs der 15 Ecowas-Staaten den Beschluss der Erdöl- und Umweltminister.

▶ **01/01/2021** Die neuen Standards sind in Kraft.





Verurteilt: Rohstoffhändler Beny Steinmetz verlässt das Genfer Strafgericht mit seinen Anwält*innen.

© Stefan Wermuth/Keystone/AFP

Steinmetz-Prozess in Genf: Historisches Urteil im Kampf gegen Korruption

Im Januar wurden der französisch-israelische Milliardär Beny Steinmetz und zwei seiner Komplizen vom Genfer Strafgericht verurteilt, weil sie der Frau des guineischen Präsidenten als Gegenleistung für höchst lukrative Bergbaukonzessionen mehrere Millionen Dollar Bestechungsgelder gezahlt hatten. Der längst noch nicht abgeschlossene Fall ist ein Beispiel für die Dringlichkeit, mit der die Schweiz die Gesetzeslücken schliessen muss, die solche kriminellen Geschäftspraktiken begünstigen.

AGATHE DUPARC UND GÉRALDINE VIRET

Seine melodiose Aussprache sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass Mittelsmann Frédéric C. noch ein anderes, bedrohlicheres Gesicht hat. Dieses zeigte er beispielsweise im Frühling 2013, als er Hals über Kopf in ein Flugzeug stieg, um in Jacksonville, Florida, Mamadie Touré zu treffen, die vierte Ehefrau des mittlerweile verstorbenen guineischen Präsidenten Lansana Conté. Das Ziel der Aktion: Mamadie Touré dazu bringen, belastende Dokumente zu vernichten. «Es muss ein Ort gefunden werden, um die Unterlagen zu entsorgen, sie vollständig zu vernichten, zu verbrennen [...]. Alles, was ich dir sage, kommt direkt von Beny [...]. Wenn du ihnen sagst, ja ich habe Geld erhalten [...], dann wirst du ein sehr grosses Problem haben», drohte Frédéric C. und riet

Mamadie Touré, die amerikanische Justiz zu belügen. Wenn sie nicht einlenke, käme es zu einer «juristischen Schlacht» mit der Beny Steinmetz Group Resources (BSGR). Schliesslich landete er selbst in den Fängen des FBI, denn Mamadie Touré war beim Treffen mit ihm verkabelt und befand sich in einem Zeugenschutzprogramm. Und so endete das Gespräch vom 14. April 2013 mit dem Ruf: «Aufstehen! Hände hinter den Rücken!»

Die komplexen Kunstgriffe der Korruption

Die belastenden Dokumente wurden nie vernichtet. Sie gehören zu den Schlüsseldokumenten im Prozess, der vom 11. bis 22. Januar 2021 am Genfer Strafgericht stattfand. Der erste Prozess wegen internationaler

Korruption in Genf, dem auch Public Eye beiwohnte, schlug hohe Wellen, und zwar über die Schweizer Grenzen hinaus. Am Beispiel Guineas, dem elftärmsten Land der Welt, ermöglichte er eine Auseinandersetzung mit den Mechanismen der «heimtückischen Plage, die die Menschheit heimsucht», wie sich der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan ausdrückte.

Seit den ersten Enthüllungen 2012 erregte der Fall das Aufsehen der Medien weltweit. Was dem Kaliber seines Hauptprotagonisten entspricht: Beny Steinmetz, der Bergbau- und Diamantenmagnat und einst reichste Mann Israels. Bis 2016 wohnte er direkt gegenüber dem «Jet d'Eau» in Genf, wo er von der Pauschalbesteuerung profitierte. Von der dort aus knüpfte er ein komplexes Geflecht an Offshore-Konstrukten (welches Public Eye vor sieben Jahren in einem Organigramm abgebildet hat), um seine rechtliche Verantwortung zu verwässern und seine Steuern zu optimieren.

Beny und seine Familie sind die alleinigen Begünstigten der Balda-Stiftung, die in den 1990er-Jahren in Liechtenstein von Marc Bonnant registriert wurde, einem Genfer Anwalt mit vielen Hüten. Balda ist Eigentümerin aller Firmen im Umfeld der BSGR. Rechtlich gesehen besitzt Steinmetz keine der Firmen und spielt auch keine operative Rolle innerhalb der Gruppe, die seinen Namen trägt. Seine einzigen Aufgaben seien die «strategische Beratung» und seine Rolle als Botschafter. Die Genfer Justiz konnte jedoch nachweisen, dass er der «eigentliche Leiter» der BSGR ist. Und dass er «massgeblich am Korruptionspakt» in Guinea «beteiligt war», von dem er «der Hauptbegünstigte» ist.

«Der Inbegriff eines Korruptionsfalls»

Nach sechsjährigen Ermittlungen stellte die Genfer Staatsanwaltschaft fest, dass Mamadie Touré zwischen 2006 und 2010 fast 10 Millionen US-Dollar Schmiergeld erhalten hatte, um ihrem Gatten die Geschäfte der BSGR schmackhaft zu machen. Zwischen 2006 und 2010 sicherte sich die BSGR 20 Explorations- und Förderlizenzen für das gigantische Eisenvorkommen Simandou und die Lagerstätte Zogota im Südosten Guineas. Bei jeglicher Erfahrung im Bergbausektor schaffte es die BSGR wie durch Zauberhand, Rio Tinto auszusteichen, einen gewichtigen und mächtigen Konkurrenten, der in Guinea bereits seit den 1990er-Jahren tätig war.

Im Juli 2008 entzog ein Dekret des todkranken Präsidenten Conté dem anglo-australischen Bergbaukonzern die Konzessionen für Block 1 und 2 von Simandou-Nord. 51% dieser Konzessionen, die im Dezember 2008 in die Hände der BSGR gelangten, wurden 2010 an den brasilianischen Konzern Vale weiterverkauft. Dieser zahlte dafür 2,5 Milliarden US-Dollar, während die BSGR lediglich 170 Millionen US-Dollar investiert hatte. Ein kolossaler Gewinn, erzielt auf Kosten von Guineas Bevölkerung.

«Dies ist der Inbegriff eines Korruptionsfalls», empörte sich der erste Staatsanwalt Yves Bertossa in seinem Plädoyer. Staatsanwalt Claudio Mascotto zeichnete in seiner Anklageschrift den Weg der 8,5 Millionen US-Dollar nach, die auf Mamadie Tourés Konten in Miami und Conakry eingegangen sind, zusätzlich zu den 2 Millionen, die sie in bar erhalten hat. Um diesen Zahlungen einen legalen Anschein zu geben, wurden Konstrukte und Briefkastenfirmen gegründet und falsche Rechnungen ausgestellt, um den Kauf von Baumaschinen, Yachtmieten oder Beratungsverträge vorzutauschen. Der Genfer Staatsanwalt konnte sich auf die ab 2013 eröffneten Verfahren in Guinea, Israel und den USA stützen.

Ein Urteil, das der Tragweite des Falls gerecht wird

Seltenheitswert hat, dass die drei Hauptfiguren dieser massiven Korruptionsaffäre nun tatsächlich in Genf angeklagt und verurteilt wurden. Für die Präsidentin des Strafgerichts, Alexandra Banna, haben die «rein egoistischen» Machenschaften von Beny Steinmetz und seinen Mitangeklagten den Rechtsstaat in Guinea weiter geschwächt. Bei der Urteilsverkündung wurden die schönfärberischen Höhenflüge der Verteidigung zunichte gemacht, die den Milliardär – bzw. laut eigenen Angaben Ex-Milliardär – als «Wohltäter Afrikas» dargestellt hatte, der «denjenigen die Mittel zur Nutzung von Bodenschätzen bereitstellt, die selbst keine haben».

Gegen die Korruption «Made in Switzerland» kämpfen

Zwar sendet dieses Urteil ein starkes Signal an die gesamte Rohstoffbranche, deren Korruptionsrisiken seit jeher besonders hoch sind, doch sollte es nicht darüber hinwegtäuschen, dass es für schweizerische und ausländische Staatsanwält*innen extrem schwierig ist, in solch komplexen Fällen zu ermitteln. Nun ist es zu einer Verurteilung gekommen – doch wie viele Fälle werden niemals aufgedeckt, untersucht oder vor Gericht behandelt? Um solche Korruptions-skandale zu verhindern, muss die Schweiz frühzeitig handeln: Das Geldwäschereigesetz muss die Gründung, Führung und Verwaltung von Firmenkonstrukten, Trusts und Stiftungen – insbesondere durch Anwalt*innen – abdecken. Genauso wichtig ist die Offenlegung der Eigentümer*innen und wirtschaftlich Berechtigten der Firmen im Handelsregister.

Der Big Boss wurde wegen Bestechung ausländischer Amtsträger und Urkundenfälschung zu fünf Jahren Haft und einer Kompensationszahlung von 50 Millionen Franken verurteilt. Frédéric C., der in den USA infolge seiner Eskapaden in Florida bereits 22 Monate wegen Behinderung der Justiz hinter Gittern sass, wurde wegen Korruption zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt; er wird dem Kanton Genf zudem 5 Millionen zahlen müssen. Und Sandra M.H., die treue Verwalterin, die von Genf aus das Tagesgeschäft der BSGR leitete, wurde zu einer zweijährigen Haftstrafe auf Bewährung und einer Kompensationszahlung von 50'000 Franken verurteilt, weil sie «das Zustandekommen des Korruptionspaktes zugelassen» und seine Vertuschung unterstützt hatte.

Ein intransparentes Konstrukt, das von Genf aus geknüpft wurde

Und das ging so: Sandra M.H. verkaufte Frédéric C. und seinen beiden Partnern im Oktober 2005 eine Firma namens Pentler Holding Ltd (registriert auf den britischen Jungferninseln), die zum wichtigsten Vehikel im ganzen Korruptionsfall wurde. Als BSGR Guinea, eine Tochtergesellschaft der BSGR, der Firma Pentler am 20. Februar 2006 zusammen mit dem Versprechen eines Bonus von 19,5 Millionen US-Dollar – offiziell als Entschädigung für die zukünftige Arbeit in Guinea – 17,65% ihres Kapitals anbot, kam dies der Verwalterin keineswegs seltsam vor. Am selben Tag unterzeichneten

BSGR Guinea und Guinea eine Vereinbarung, die den Weg für den Erhalt der ersten Schürfrechte ebnete.

Dank diesem Konstrukt konnte Mamadie Touré 2007 über ihre Firma Matinda 33% der Anteile an Pentler erwerben und sich eine kostenlose Beteiligung von 5% am künftigen Projekt von BSGR in Simandou sichern. «Ich hatte mit vielen Firmen zu tun und habe nicht genau hingeschaut», sagte Sandra M.H. «Und wenn es sich um Drogendealer oder Terroristen handeln würde, überprüfen Sie als Verwalterin da auch nichts?», fragte Staatsanwalt Bertossa. Im März 2008 kaufte die BSGR für 34 Millionen Dollar eigene Aktien zurück, die im Besitz von Pentler waren. Diese Transaktion generierte die notwendigen Mittel, um die Bestechungsgelder an Mamadie Touré zu zahlen.

Der gerichtliche Ausgang dieses Falls dürfte noch eine Weile auf sich warten lassen, denn Beny Steinmetz, der nach Prozessende frei nach Israel ausreisen durfte, hat Berufung eingelegt. Bonnart, sein Anwalt, hat seinerseits gelobt, er werde «bis vor das Bundesgericht, ja wenn nötig bis vor das Gottesgericht gehen, um die Wahrheit ans Licht zu bringen. ■



Prozessreportage mit
Originaldokumenten:
publiceye.ch/de/steinmetz



In den Hügeln von Simandou in Guinea steckt eines der grössten Eisenvorkommen der Welt.

Standpunkt David Hachfeld**Schweizer
Nachhaltigkeitsstrategie: Tropfen
auf den heissen Stein****Public Eye**

Kennen Sie schon unseren Blog «**Standpunkte**»? Dort kommentieren und analysieren unsere Fachleute, was ihnen unter den Nägeln brennt: Erstaunliches, Empörendes und manchmal auch Erfreuliches aus der Welt der globalen Grosskonzerne und der Wirtschaftspolitik, zu Ereignissen in Bangladesch, im Kongo oder auf den Cayman Islands.

Als Beispiel präsentieren wir Ihnen die Kurzversion eines Blogbeitrags von David Hachfeld. Er setzt sich bei Public Eye im Rahmen der Clean Clothes Campaign für Arbeitsrechte und Gerechtigkeit in der globalisierten Textilindustrie ein.

Bei Interesse können Sie den Blog auf unserer Website abonnieren: publiceye.ch/blog

Die Klimakrise gleicht einem Grossbrand – sie erfordert eine drastische Änderung unserer Wirtschaftsweise. Doch der Bundesrat nimmt es gemütlich und rückt mit ein paar Giesskannen an. So lässt sich die Schweizer Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 (SNE) zusammenfassen.

1997 veröffentlichte der Bundesrat erstmals eine Strategie Nachhaltiger Entwicklung (SNE). Aktuell befindet sich der Entwurf zur sechsten Fassung in der Vernehmlassung. Im Grunde ist die SNE eine gute Idee: Sie bündelt die Leitlinien und Ziele, mit denen die Schweiz auf einen sozial und ökologisch nachhaltigen Pfad gebracht werden soll, «um die grossen Herausforderungen dieser Welt anzugehen». Ach, wenn es doch nur so wäre! Tatsächlich signalisiert der Bundesrat zwar Taten drang, doch bei der Formulierung von Massnahmen bleibt er vage, und bei der Konkretisierung von Zielen und den Wegen dorthin hält er sich vornehm zurück. Die Wirkung der Strategie verpufft wie ein Tropfen auf dem heissen Stein.

**Sensibilisierung als Wundermittel
gegen den Konsuminfarkt?**

Ein Beispiel: Seit 24 Jahren will der Bundesrat mit «verbesserten Produktinformationen» Konsumierende sensibilisieren, verantwortungsvoller zu konsumieren. Nun, die Schweizer*innen sind durchaus sensibilisiert und wissen um die ausbeuterische und umweltzerstörerische Produktion von Konsumgütern. Doch auch ein Vierteljahrhundert nach der ersten Strategie sind kaum aussagekräftige Informationen über Produktionsbedingungen etwa von Bekleidung verfügbar. Wäre es da nicht angebracht, Transparenz über Herstellungsbedingungen endlich verbindlich vorzuschreiben? Und vielleicht auch das Angebot oder zumindest die Werbung für besonders schädliche Waren und Dienstleistungen einzuschränken?

Der Bundesrat ist Grossmeister im hartnäckigen Abwarten

Nun, wir bleiben optimistisch, denn man darf die Hartnäckigkeit des Bundesrates nicht unterschätzen. Denn ebenfalls seit 24 Jahren möchte er sich schon «für die Herstellung von Kostentransparenz mittels Internalisierung externer Kosten» engagieren. Die Idee ist gut: Wer umweltschädlich produziert oder Folgeschäden für Menschen in Produktionsländern verursacht, soll diese Kosten tragen. Schon 1997 wollte der Bundesrat «Massnahmen unterstützen, die das Ziel haben, die

Umweltkosten in den Produktpreisen zu internalisieren und die Transparenz der Produktionsmethoden zu fördern.» Wir haben gesucht, wirklich, wir haben uns angestrengt, aber leider kein Beispiel gefunden, wo es ernsthaft vorangeht. Bezüglich Nachhaltigkeit ist der Bundesrat ein Virtuose auf dem Feld der Politik-Mimikry: Er signalisiert Problembewusstsein und Aktion, bewegt sich dann aber kaum vom Fleck, peinlich bedacht, bloss keinem Konzern auf die Zehen zu treten.

Die Welt retten, ohne unsere Lebensweise zu ändern?

Der Widerspruch zwischen Ansage und fehlender Konkretisierung zieht sich auch durch das ganze Strategie-Dokument. Die Strategie benennt die anstehenden Probleme eigentlich deutlich, etwa, dass der Ressourcenverbrauch pro Kopf in der Schweiz fast dreimal über einem global fairen und verträglichen Niveau liegt. Doch konkrete Ziele, die sich messen liessen, benennt er trotzdem kaum. Und wenn doch, z.B. bei der Reduktion von Treibhausgasemissionen, bleiben die Wege dorthin nebulös.

Da verwundert es nicht, dass auch der letzte Evaluationsbericht zur SNE 2016-2019 feststellt, dass ihr Beitrag zur Gewährleistung einer kohärenten Politik für nachhaltige Entwicklung «bescheiden» bleibt. Eine diplomatisch verpackte, schallende Ohrfeige.

Ja, es ist ungemütlich auszusprechen, dass unser aktuelles konsumzentriertes Wohlstandsmodell auf globaler Ungleichheit und Ausbeutung beruht. Und dass es kein leichtes Nachsteuern, sondern eine Kehrtwende braucht. Umso wichtiger wäre es, ein Wohlstandsmodell zu skizzieren, welches wirklich zukunftsfähig und gerecht ist. Der Mangel an visionärer Kraft ist neben dem Mangel konkreter Ziele das grundlegende Versäumnis der Strategie Nachhaltiger Entwicklung.



Gefällt Ihnen dieser Blogbeitrag?

Lesen Sie die vollständige Version online:
publiceye.ch/de/blog-david



Neue Website von Public Eye speziell für Lehrpersonen

Public Eye ist im Bildungsbereich seit vielen Jahren aktiv. Es gibt seit über 15 Jahren das Schulbesuchsprogramm, zudem konnten Lehrpersonen bisher auf didaktisch aufbereitete DVDs zugreifen. Da Letztere teilweise vergriffen und in die Jahre gekommen sind, haben die Lehrerinnen Maja Holenstein und Valérie Jilli die Inhalte so aktualisiert, dass nun didaktische Materialien auf der Seite publiceye.ch/bildung kostenlos abrufbar sind.

Die Website bietet Ideen und didaktische Vorschläge zu Mode und Landwirtschaft in Verbindung mit den Lehrplänen, später kommen weitere Themen hinzu. Public Eye befriedigt so das steigende schulische Interesse am Bereich nachhaltige Entwicklung und schafft eine Schnittmenge bei Unterrichtsmaterialien und den Public Eye Schulbesuchsthemen.

Die Hintergrundtexte und Arbeitsblätter ermöglichen Schulen, sich mit der Komplexität der Welt auseinanderzusetzen, aktuelle Fragen zu diskutieren und daraus Handlungsoptionen zu entwickeln. Das Angebot richtet sich an Lehrpersonen der Volksschule (Mittel- und Oberstufe, d.h. Zyklus 2 und 3) und Sek II (Gymnasium und Berufsschule).



Link zur Bildungsseite:
publiceye.ch/bildung

Innovative Ausstellung zum Thema Saatgut auf Kultursäulen in Basel

Aufgrund von Corona konnte die Saatgutausstellung der Public Eye Regionalgruppe Basel und der Organisation biorespect nicht wie geplant im letzten Frühjahr gezeigt werden. Da Begegnungen im geschlossenen Raum nach wie vor schwierig bis unmöglich sind, haben sich die Engagierten gemeinsam mit der Agentur Ondit Alternativen überlegt.

Nun wird die Saatgutausstellung vom 17. April bis 13. Mai 2021 auf Kultursäulen in der Basler Innenstadt gezeigt, die sich in Gehdistanz zueinander befinden. Für jene, die mehr wissen möchten, sind die Plakate rund ums Thema Saatgut mit QR-Codes versehen, die auf Seiten im Internet verweisen. Thematisiert werden Geschichte des Saatguts, Saatgutvielfalt sowie Biolandwirtschaft und Biodiversität. Es geht aber auch um Saatgutmonopole, Gentechnik und Pestizideinsatz. Ein Rahmenprogramm soll, so Corona denn will, Akteur*innen, die sich mit der ökologischen Nutzung von Saatgut befassen, miteinander vernetzen. Basler Protagonist*innen stellen den Lokalbezug her. Für Lehrpersonen und Schulklassen stehen auf der Website Lernmaterialien zur Verfügung, die im Anschluss an den Rundgang bearbeitet werden können.



Mehr zur Ausstellung:
saatgutausstellung-basel.ch

Wir fragen Sie: Ist Public Eye auf dem richtigen Weg?

Public Eye kämpft für eine gerechte und zukunftsfähige Welt. Eine Welt, in der alle Menschen ihr Leben in Würde leben können. Eine Welt, in der die ökologischen Grenzen respektiert werden und die Umwelt für zukünftige Generationen bewahrt wird. Eine Welt des friedlichen Zusammenlebens, der demokratischen Teilhabe, und auch eine Welt ohne Diskriminierung. Eine Welt schliesslich, in der die Wirtschaft den Menschen dient, mit fairen Arbeitsbedingungen und gerechter Entlohnung. Weltweit.

Engagieren wir uns dazu am richtigen Ort? In der passenden Form? Entspricht unser Tun den Erwartungen unserer Mitglieder und Spender*innen? Setzen wir auf die richtigen Kanäle? Wo und wie können wir uns verbessern?

Diese Fragen stellen wir uns ständig – und sie sind nun Teil einer Online-Umfrage unter unseren Mitgliedern und Sympathisant*innen, die bis am Sonntag, 2. Mai 2021 läuft.

Falls Sie von uns kein entsprechendes Mail erhalten haben, können Sie unter untenstehendem Link an der Umfrage teilnehmen.



Link zur Umfrage:
www.peye.link/umfrage

Unterschreiben Sie die Petition #PayYourWorkers!

Millionen von Textilarbeiter*innen haben seit Beginn der Pandemie ihre Jobs verloren und massive Lohneinbussen hinnehmen müssen. Viele können ihre Familien nicht mehr ernähren. Modefirmen könnten mit nur rund 10 Rappen pro T-Shirt das Einkommen ihrer Arbeiter*innen sichern, doch sie lassen diese für die Krise bezahlen.

Wir fordern von Modefirmen und Detailhändlern, dass sie Löhne und Abfindungen sicherstellen und die Arbeitsrechte respektieren.

Bitte unterstützen Sie jetzt unsere Forderungen und unterschreiben Sie unsere Petition #PayYourWorkers:

- Mit der Antwortkarte in diesem Magazin
- Oder online unter publiceye.ch/payyourworkers



Mehr erfahren über die Textilindustrie und Textilien

Flyer «Was steckt in diesem Shirt?»

Der Flyer gibt einen Überblick über die problematischen Seiten der Textilproduktion und beantwortet Fragen wie: Wie viel Kleidung wird jährlich weggeworfen? Unter welchen Bedingungen arbeiten die Näher*innen? Was ist ein Existenzlohn? Zudem finden Sie zehn Lösungsansätze, wie wir alle unseren persönlichen Beitrag zu fairer Mode leisten können.

Guide «Orientierung im Label-Dschungel»

Immer mehr Konsument*innen achten beim Einkauf von Textilien auf Nachhaltigkeit. Ihre Kleidung soll ökologisch korrekt und fair hergestellt sein. Doch woran erkennt man entsprechende Textilien? Unser Guide gibt eine Übersicht über verschiedene Labels im Mode- und Textilbereich. Wir bewerten diese nach sozialen, ökologischen und Transparenzkriterien und geben zu jedem Label eine Einschätzung.

Bestellen Sie jetzt die beiden Flyer gratis mit der Antwortkarte in diesem Magazin!



Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dinerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0)44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Spendenkonto 80-8885-4

publiceye.ch

[@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch) [@publiceye.ch](https://facebook.com/publiceye.ch) [@publiceye_ch](https://instagram.com/publiceye_ch)



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye



GAS/ECR/ICR

nicht frankieren
ne pas affranchir
non affrancare

50167757
000001

B



DIE POST

Public Eye
Postfach 1317
8021 Zürich

Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye



GAS/ECR/ICR

nicht frankieren
ne pas affranchir
non affrancare

50167757
000001

B



DIE POST

Public Eye
Postfach 1317
8021 Zürich

Ich bestelle gratis:

___ Ex. des Flyers «Was steckt in diesem Shirt?»

___ Ex. des Guides «Orientierung im Label-Dschungel»

Ich möchte:

für CHF 75.- pro Jahr Mitglied von Public Eye werden

Meine Adresse:

Frau Herr neutral

Vorname

Name

Strasse / Nr.

PLZ / Ort

E-Mail

Telefon

**Ich unterzeichne die Petition #PayYourWorkers**

Frau Herr neutral

Vorname

Name

Strasse / Nr.

PLZ / Ort

E-Mail

Unterschrift

Frau Herr neutral

Vorname

Name

Strasse / Nr.

PLZ / Ort

E-Mail

Unterschrift

Mehr Informationen unter publiceye.ch/payyourworkers

Bitte schicken Sie uns diese Karte bis am **31. Mai 2021** zurück. **Danke!**

Gerne informieren wir Sie über die Ergebnisse der Kampagne.

